

lehrer nrw

§132c-Schulen

Das ewige Provisorium



Pädagogik & Hochschul Verlag · Graf-Adolf-Straße 84 · 40210 Düsseldorf · Foto: AdobeStock/Klaus Eppel · Montage: Dörmges

3 Unter der Lupe
Wider den
Mangel

6 Im Brennpunkt
Gewalt gegen
Lehrkräfte

15 Dossier
Deutschland im
Akademisie-
rungswahn

28 Recht§ausleger
Hey, teacher,
leave us kids
alone...

lehrer nrw – G 1781 –
erscheint sieben Mal jährlich
als Zeitschrift des '*lehrer nrw*'
ISSN 2568-7751

Der Bezugspreis ist für
Mitglieder des '*lehrer nrw*'
im Mitgliedsbeitrag enthal-
ten. Preis für Nichtmitglieder
im Jahresabonnement:
€ 35,- inklusive Porto

Herausgeber und Geschäftsstelle

lehrer nrw e.V.
Nordrhein-Westfalen,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf,
Tel.: 02 11 / 1 64 09 71,
Fax: 02 11 / 1 64 09 72,
Web: www.lehrernrw.de

Redaktion

Sven Christoffer,
Ulrich Gräler,
Christopher Lange,
Jochen Smets,
Sarah Wanders,
Marcel Werner
Düsseldorf

Verlag und Anzeigenverwaltung

PÄDAGOGIK &
HOCHSCHUL VERLAG –
dphv-verlags-
gesellschaft mbH,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf,
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04,
Fax: 02 11 / 3 55 80 95
Zur Zeit gültig:
Anzeigenpreisliste Nr. 22
vom 1. Oktober 2021

Zuschriften und Manuskripte nur an

lehrer nrw,
Zeitschriftenredaktion,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf

Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Ge-
währ übernommen werden.
Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben die Meinung
ihrer Verfasser wieder.



UNTER DER LUPE

Sven Christoffer: Wider den Mangel 3

MAGAZIN

A13-Kampagne beeindruckt die Politik
lehrer nrw auf der didacta 5

BRENNPUNKT

Sarah Wanders: Gewalt gegen Lehrkräfte 6

MEINUNG

Peer Brändel: Es muss sich etwas ändern 8

JUNGE LEHRER NRW

Marcel Werner: Lehrer-Nachwuchs
diskutiert Zukunftsthemen 11

TITEL

Das ewige Provisorium 12
Jochen Smets: Schule mit Geburtsfehler 14

DOSSIER

Prof. Hans-Peter Klein: Deutschland
im Akademisierungswahn 15

SCHULE & POLITIK

Olaf Korte: Ein (zu) langer Weg 19

Daphne Bieletzki: Spricht über
den Elefanten im Raum! 20

Ulrich Gräler: Endlich...
Arbeitswirklichkeit anerkannt! 22

FORTBILDUNGEN

Gutes Klima, guter Unterricht 24

BATTEL HILFT

Digitaler Worst Case 26

SENIOREN

Grachten, Leuchttürme, Wattenmeer 27
Sicherheit für Senioren im Alltag 27

RECHT § AUSLEGER

Christopher Lange: Hey, teacher,
leave us kids alone...! – Teil 1 28

ANGESPITZT

Jochen Smets: Im Schleudersitz 30

HIRNJOGGING

Aufgabe 1: Versteckte Farben
Aufgabe 2: Liebe im Garten
Aufgabe 3: Immer der Nase nach 31



Wider den Mangel

Über die bildungspolitischen Baustellen der neuen Landesregierung.



von SVEN CHRISTOFFER

»Machen, worauf es ankommt!«, dieser Slogan war im Wahlkampf auf zahlreichen Plakaten zu lesen. In der Bildungspolitik gibt es für mich zwei große Herausforderungen, denen sich eine neue Landesregierung zuwenden muss: Es gilt, die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung durch konkrete Maßnahmen zu befördern sowie die gleichwertige Bezahlung des Personals, das berufliche und akademische Bildung in unseren Schulen vermittelt, umzusetzen. Ersteres wirkt dem Fachkräftemangel entgegen, letzteres dem Lehrkräftemangel.

Anfang Februar hat mich das Ergebnis einer Studie des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie stark beunruhigt. Demnach haben Haupt- und Realschulabsolventen in Nordrhein-Westfalen immer größere Schwierigkeiten, eine Lehrstelle zu finden. Die Konkurrenz durch Abiturienten ist in NRW deutlich größer als im bundesweiten Schnitt. Das Abitur wird mehr und mehr zum Nadelöhr für einen Ausbildungsplatz. Während in Nordrhein-Westfalen sechzig Prozent der Real- und Hauptschulabsolventen und ein Drittel derjenigen ohne Schulabschluss eine Ausbildung beginnen, liegt dieser Wert laut Studie bundesweit bei neunzig Prozent.

» Ein Armutszeugnis

Was sind die Gründe für diese bedenkliche Entwicklung? Zum einen sei trotz gravierenden Fachkräftemangels die Zahl der Ausbildungsplätze in Nordrhein-Westfalen insgesamt gesunken, was den Konkurrenzkampf anheize, zum anderen beginnen in Nordrhein-Westfalen 55 Prozent der Abiturienten eine Ausbildung, bundesweit sind es nur 45 Prozent. Diese Zahl ist für mich ein Armutszeugnis.

Mehr als die Hälfte aller Abiturienten in Nordrhein-Westfalen nutzen das Abitur nicht für ein Studium. Man könnte auch so formulieren: Sie haben zwar das Abitur, nicht jedoch die Studierfähigkeit erworben und flüchten sich in eine Ausbildung. Das 'Abitur für alle' stößt an seine Grenzen, der Akademisierungswahn erhält ein Realitätsupdate. Für die Wertigkeit aller anderen schulischen Abschlüsse hat das eine gefährliche Abwärtskaskade zur Folge. Die Ergebnisse der Studie zeichnen ein bedenkliches Bild vom Zustand der dualen Bildung in Nordrhein-Westfalen.

Die Berufswahlorientierung und das Hinführen zur Ausbildungsreife gehören deshalb zu den Zukunftsaufgaben von Schule. Anders wird sich der Fachkräftemangel in unserem Land nicht beheben lassen.

» Fehlentwicklungen korrigieren

Dafür müsste aber zunächst eine bildungspolitische Fehlentwicklung der vergangenen Jahre korrigiert werden. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist *lehrer nrw* seit Jahren ein Herzensanliegen. Eine Karriere in der beruflichen Bildung muss wieder als gleichwertige Alternative zum Studium für jeden und jede erkennbar sein. Wer die duale Ausbildung stärken will, muss die Schulformen stärken, die in besonderer Weise auf die Ausbildungsreife ihrer Schülerinnen und Schüler hinwirken. Real- und Hauptschulen, Gesamt- und Sekundarschulen sind wichtige Kompassgeber. Sie bereiten vor auf das künftige Leben und den Beruf. Um diese Schulformen nachhaltig zu stärken, braucht es deshalb dringend ein übergreifendes Konzept für die Sekundarstufe I.

» Die Mutter aller Probleme

Und ein Weiteres: Wer sich für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ein-





Massenandrang:

Während an den Unis viel zu viele Abiturienten die Gänge und Hörsäle verstopfen, nimmt der Fachkräftemangel bedrohliche Ausmaße an.

setzt, der muss sich auch für die gleichwertige Bezahlung des Personals einsetzen, das berufliche und akademische Bildung in unseren Schulen vermittelt. Eine leistungsgerechte Bezahlung der Lehrkräfte an Schulen der Sekundarstufe I sowie an Grundschulen würde die Attraktivität des Lehrerberufs in Nordrhein-Westfalen erheblich steigern und zumindest mittelfristig dazu beitragen, die 'Mutter aller Probleme', nämlich den Personalmangel an diesen Schulformen, zu beheben.

» Laufbahn statt Laufstall

Die Definition des Begriffs 'Eingangsbesoldung' lautet: »Besoldung der Beamtin/des Beamten beim Eintritt in eine Laufbahn.« Demnach treten viele unserer Kolleginnen und Kollegen offensichtlich seit dreißig Jahren und mehr in ihre Laufbahn ein, da sie unverändert im Eingangsamt A 12 verharren. Das ist keine Laufbahn, sondern ein Laufstall.

Deshalb ist die Ankündigung von Ministerpräsident Hendrik Wüst im TV-Duell vor der Wahl grundsätzlich zu begrüßen, er würde die Angleichung der Eingangsbesoldung für alle Lehrkräfte in den ersten

100 Tagen der neuen Legislaturperiode angehen. Ich kann auch 150 Tage warten, wenn die CDU dafür Abstand nimmt von folgendem (Achtung: Euphemismus) wenig durchdachten Baustein ihres Wahlprogramms:

»Wir werden Bestandslehrerinnen und -lehrern einen Aufstieg in die Besoldungsgruppe A 13 ermöglichen. Dafür werden wir ihnen Angebote für die modulare Qualifikation machen. Dies hat sich in der öffentlichen Verwaltung bewährt. Sie können so den Qualifikationsnachteil ausgleichen, den sie durch ihre kürzere Hochschulausbildung haben.«

» Die Bildung von morgen sichern

Diesen Qualifikationsnachteil möchte ich in Abrede stellen. Lehrkräfte, die vor dem Jahr 2009 ausgebildet wurden, hatten zwar eine kürzere Hochschulausbildung, dafür aber ein längeres Referendariat. Das wurde nämlich im November 2011 von 24 auf 18 Monate reduziert. Was den relevantesten Teil der Lehrerausbildung angeht, haben Bestandslehrkräfte demnach einen Qualifikationsvorteil. Abseits dessen: Aufgrund ihrer wertvollen Praxiserfahrung sollen nach dem Willen der CDU Lehrkräfte, die seit Jahren im Dienst sind, nach A 13 besoldete Nachwuchsteilnehmer in den Schulen künftig anleiten, müssen sich aber gleichzeitig »modular qualifizieren«, um selbst in den Genuss von A 13 zu gelangen. Ein absurder Gedanke! Jetzt ist nicht die Zeit des Zögerns und Zauderns, jetzt ist die Zeit, die Bildung von morgen durch Maßnahmen von heute zu sichern.

 Sven Christoffer ist Vorsitzender des Lehrers nrw sowie Vorsitzender des HPR Realschulen
E-Mail: christoffer@lehrernrw.de

A13-Kampagne beeindruckt die Politik



Am Rande des Arbeitnehmerempfangs am 28. April übergab der *lehrer nrw*-Landesvorsitzende Sven Christoffer eine Kampagnen-Postkarte an Ministerpräsident Hendrik Wüst und kam mit ihm ins Gespräch über das Thema Besoldungsgerechtigkeit.

Die *lehrer nrw*-Kampagne zur Besoldungsgerechtigkeit war ein voller Erfolg. Tausende Postkarten mit dem Slogan 'Ich verdiene A13!' landeten in den letzten Wochen auf dem Schreibtisch von Ministerpräsident Hendrik Wüst. Der war durchaus beeindruckt: Im Gespräch mit dem *lehrer nrw*-Vorsitzenden Sven Christoffer am Rande des Arbeitnehmerempfangs am 28. April in Düsseldorf zeigte sich Wüst erstaunt über die große Zahl

der Karten und würdigte die kreative Aktion.

Auch von anderer Seite kam viel positive Resonanz: Zahlreichen politischen Entscheidungsträgern jedweder politischer Couleur überreichte Sven Christoffer im Vorfeld der Landtagswahl persönlich 'ihre' Karte und nutzte die Gelegenheit, zum Thema Besoldungsgerechtigkeit ins Gespräch zu kommen. Dabei haben unter anderem Claudia Schlottmann, schulpolitische Sprecherin der

CDU-Landtagsfraktion, der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Ralf Witzel, SPD-Fraktionsvize Sven Wolf und die Grünen-Fraktionsvorsitzende Verena Schäffer die auch in den Wahlprogrammen niedergelegte Absicht bekräftigt, das Thema in der kommenden Legislaturperiode anzupacken. *lehrer nrw* wird diese Zusagen beim Wort nehmen und gegebenenfalls mit Nachdruck daran erinnern. Denn im Sondierungspapier von CDU und Grünen, das als Basis für die Koalitionsverhandlungen (bei Redaktionsschluss noch nicht beendet) dient, ist erschreckend unkonkret von einem Stufenplan die Rede und erschreckend realitätsfern von einem möglichen Aufstieg der Bestands-Lehrkräfte in die Besoldungsgruppe A13. »Es ist geradezu absurd, dass Lehrkräfte, die über jahrelange Praxiserfahrung verfügen, künftig den nach A13 / E13 bezahlten Lehrernachwuchs an den Schulen anleiten und sich selbst zugleich qualifizieren sollen, um in den Genuss der gleichen Besoldung zu kommen. Wir erwarten von den angehenden Koalitionspartnern kein Zögern und Lavieren, sondern klare Entscheidungen für mehr Bildungs- und Besoldungsgerechtigkeit«, mahnt Christoffer.

lehrer nrw auf der didacta

Nach dreijähriger Corona-Pause konnte die Bildungsmesse didacta vom 7. bis 11. Juni in Köln wieder in Präsenz stattfinden. Und mittendrin war *lehrer nrw*. Auf einem Gemeinschaftsstand mit dem Dachverband VDR zeigte *lehrer nrw* auf der größten Fachmesse für Bildungswirtschaft in Europa Flagge. Viele Begegnungen am Stand zeigten, wie groß das Bedürfnis nach Austausch und Information ist. Daher und nicht zuletzt auch wegen eines attraktiven Gewinnspiels war die Besucherfrequenz am Stand durchweg hoch. Erfreulicherweise nutzten mehrere Kolleginnen und Kollegen bei einem Standbesuch die Möglichkeit, Mitglied bei *lehrer nrw* zu werden. Nicht nur deswegen war der

Messeauftritt für unseren Verband ein voller Erfolg. Großer Dank gebührt den zahl-

reichen Helferinnen und Helfern, die während der Messetage Standdienst versahen, sowie ganz besonders den beiden 'Cheforganisatoren' Thorsten Schmalt und Marcel Werner.



Ein starkes Team: Die *lehrer nrw*-Standbesetzung mit dem Landesvorsitzenden Sven Christoffer (rechts) und dem VDR-Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm (4.v.l.).

Foto: Friedhelm Windmüller

Gewalt gegen Lehrkräfte

Das Thema Gewalt gegen Lehrkräfte gewinnt an Dringlichkeit. Doch mit der Fürsorge des Dienstherrn ist es nicht weit her. Es fehlt eine Kultur des Hinsehens.

Gewalt gegen Lehrkräfte, ob physisch oder psychisch, kann eine traumatisierende Erfahrung sein. Dennoch fühlen sich die Betroffenen nicht selten alleingelassen.



von SARAH WANDERS

Bereits im Jahr 2018 schrieb unser Vorsitzender Sven Christoffer einen Artikel zu diesem Thema in unserer Verbandszeitschrift. Anlass war unter anderem die Schilderung einer Gewalterfahrung eines Kollegen auf der Personalversammlung im Regierungsbezirk Köln im Dezember 2017, die ihn sehr beeindruckt bzw. erschüttert hatte. Dies nahm er zum Anlass, dieses Thema einmal näher zu beleuchten, da es sich längst um keinen Einzelfall mehr handelte.

» Was ist seither geschehen?

Im März 2022 setzte der *Lehrer nrw* geführte Hauptpersonalrat (HPR) Realschule dieses Thema auf die Tagesordnung der Gemeinschaftlichen Besprechung (GB) mit Schulministerin Yvonne Gebauer, da es erneut zu Problemanzeigen aus den Bezirken gekommen war. Im Nachgang zu dieser GB erreichte den HPR Realschule sogar ein besonders schwerer Fall, der mich persönlich tief erschüttert hat, auf den ich aber aus Datenschutzgründen nicht näher eingehen darf.

Die Hausspitze und die anwesenden Vertreter der Dienststelle zeigten sich über-

rascht, denn bekannt waren die Fälle im Ministerium nicht. Es drängt sich zunehmend der Verdacht auf, dass dieses Problem klein gehalten wird – auf verschiedenen Ebenen und aus verschiedenen Gründen. Einige Schulleitungen – zum Glück nicht alle – haben Angst um den guten Ruf ihrer Schulen, und die Bezirksregierungen haben entweder keine Kenntnis von den Vorfällen oder kein geschultes Personal. Zu Anzeigen durch die Bezirksregierungen kommt es in den seltensten Fällen.

» Hilfe zur Selbsthilfe reicht nicht

Im Bildungsportal ist zum Thema Gewalt gegen Lehrkräfte Folgendes zu lesen: »Damit sich Betroffene besser gegen Übergriffe wappnen und mit den Folgen erlebter Gewalt umgehen können, hat die Bezirksregierung Münster eine Handreichung erarbeitet, die Hilfs- und Präventionsangebote aufzeigt. Die Broschüre 'Gewalt gegen Lehrkräfte' bietet Handlungshilfen für den akuten Fall, nimmt eine rechtliche Einordnung vor, beschreibt Maßnahmen der Intervention und Möglichkeiten zur Prävention. Die Broschüre wurde gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Arbeits- und Ge-

sundheitsschutz, der Unfallkasse NRW, der B·A·D GmbH, Schulpsychologie, Förderschulpädagogik, Polizei und Personalrat erarbeitet. Sie richtet sich ebenso an Betroffene wie an Schulleitungen und Mitglieder schulischer Teams für Beratung, Gewaltprävention und Krisenintervention. Opfer von Aggressionen oder Gewalt finden Hinweise zur akuten Hilfestellung und nachhaltigen Sicherheit. Die Handreichung kann kostenfrei auf der Website der Bezirksregierung Münster heruntergeladen werden.«

Diese Broschüre existiert schon seit Jahren und ist Opfern von Gewalt sehr zu empfehlen. Aber reicht das aus? Hilfe zur Selbsthilfe? Zumindest konnte unter anderem der HPR Realschule schon jetzt erreichen, dass die AG 'Gewalt gegen Lehrkräfte', in der Vertreter aller HPRs, Hauptvertrauenspersonen, Vertreter des MSB und der BAD GmbH gemeinsam das Problem angehen, ab dem kommenden Schuljahr wieder reaktiviert wird.

» Die Rolle des Dienstherrn

Bei diesem Thema sehe ich unseren Dienstherrn ganz klar in der Pflicht. »Wird eine Lehrperson im Zusammenhang mit ihrer Arbeit beleidigt oder verletzt, kann sie



grundsätzlich in eigener Sache Anzeige (rechtlicher Begriff = Strafantrag) erstatten. Unabhängig davon kann das Land von sich aus Anzeige erstatten und einen eigenen Strafantrag stellen, wenn eine Person in Ausübung öffentlicher Aufgaben beleidigt (§ 194 StGB) bzw. verletzt (§ 230 StGB) worden ist. Das Antragsrecht des Dienstherrn

ergibt sich aus der Tatsache, dass mit der Beleidigung oder Verletzung einer Person, die öffentliche Aufgaben wahrnimmt, auch 'der Staat' angegriffen wird.« (Broschüre 'Gewalt gegen Lehrkräfte', S.16/17)

Eine Anzeige durch den Dienstherrn wäre ein ganz klares Signal an die von Gewalt betroffenen Kolleginnen und Kollegen: Wir schauen nicht weg; wir stehen an Eurer Seite! Genau diese Rückendeckung hat der HPR Realschule in der GB mit Frau Ministerin eingefordert. Die Kultur des Wegsehens muss ein Ende haben!

Die Broschüre 'Gewalt gegen Lehrkräfte' kann auf der Website der Bezirksregierung Münster unter dieser Online-Adresse heruntergeladen werden: <https://tinyurl.com/gewalt-gegen-lehrkraefte>



» Eine Bezirksregierung geht voran

Auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg ist neben dem Verweis auf die bereits erwähnte Broschüre Folgendes zu lesen: »Zu den psychosozialen Belastungen im Lehrer*innenberuf liegt nun erstmalig eine valide Basis vor, nachdem mit Hilfe der COPSQ-Befragung (Copenhagen Psychosocial Questionnaire) Daten für die Gefährdungsbeurteilung 'Psychosoziale Belastung' erhoben werden konnten. Diese Daten verdeutlichen, dass Gewalt gegen schulisches Personal nicht nur ein Medienthema, sondern auch ein zentrales Handlungsfeld für

die Prävention und Gesundheitsförderung von Lehrpersonen und weiterem schulischen Personal darstellt. Gewalttaten können für die persönlich Betroffenen mit weitreichenden und lang anhaltenden negativen Beanspruchungsfolgen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen verbunden sein. Ebenso können diese Gewalttaten negative Konsequenzen auf das Schulklima und damit auf die Schulgesundheit haben.« Darüber hinaus wurde ein Ansprechpartner für Beschäftigte benannt, die Gewalt in Schule erlitten haben. Nun könnte man annehmen »Gefahr erkannt, Gefahr gebannt«. Dass es einen solchen Ansprechpartner nicht in allen Bezirksregierungen gibt, zeigt jedoch, dass das Problembewusstsein nicht allorts in gleichem Maße vorhanden ist. Der HPR Realschule fordert ein einheitliches Vorgehen in allen Bezirksregierungen. Die Unterstützung für Kolleginnen und Kollegen darf nicht vom Dienstort abhängen.

Ministerin Gebauer sicherte zu, sich das 'Arnsberger Modell' anzuschauen, sodass es auf alle Bezirksregierungen übertragen werden könne. Des Weiteren solle das Thema im Nachgang auch noch einmal bei einer Dienstbesprechung mit den Bezirksregierungen erörtert werden.

Es bleibt abzuwarten, ob das Thema 'Gewalt gegen Lehrkräfte' inzwischen im Bewusstsein unseres Dienstherrn so angekommen ist, dass sich endlich etwas ändert. Lehrkräfte benötigen und verdienen mehr als Hilfe zur Selbsthilfe und warme aufmunternde Worte. Sie benötigen und verdienen Rückendeckung und Unterstützung durch den Dienstherrn, denn ein Angriff auf einen einzelnen Kollegen muss immer auch als Angriff auf die gesamte Schulgemeinde verstanden werden. Das muss endlich im Kopf unseres Dienstherrn, der eine Fürsorgepflicht für die Lehrerinnen und Lehrer hat, ankommen! *lehrer nrw* wird sich weiter unermüdlich dafür einsetzen, dass es auch bei Gewalt gegen Lehrkräfte endlich zu einer Kultur des Hinsehens kommt.



Sarah Wanders ist stellv. Vorsitzende des *lehrer nrw*
E-Mail: wanders@lehrernrw.de

Schwierige Gemengelage:

Die zunehmende Heterogenität, bedenkliche Lerndefizite, überbordende Verwaltungsaufgaben und grassierender Lehrermangel sind nur einige der problematischen Rahmenbedingungen, die im Berufsalltag von Lehrkräften Frust und Überforderung verursachen.

Es muss sich etwas ändern!

Die Realschule als eine Schulform von gestern für Herausforderungen von heute – ein Zustandsbericht aus der Praxis.

Zunehmend habe ich das Gefühl, in einem System zu arbeiten, das von Rahmenbedingungen ausgeht, die es nicht mehr gibt. Analoges Unterrichten bis 13:00 Uhr, Ausrichtung auf ein mittleres

Bildungsniveau in einem dreigliedrigen Schulsystem, Schülerinnen und Schüler ohne Förderbedarf aus überwiegend bildungsaffinen Elternhäusern, Kenntnis der deutschen Sprache und eine solide Allge-

meinbildung – das war *gestern*. Inklusion, Auflösung der Hauptschulen, Migration und eine Zunahme von Schulverweigerern haben in den letzten Jahren zu einer sehr heterogenen Schülerschaft beigetragen.

rungen. Immer mehr KollegInnen gehen auf dem Zahnfleisch.

» Heterogenität

Vielen Schülerinnen und Schülern fehlt es an Frustrationstoleranz, Impulsregulation, Selbstmotivation, Konzentration und Organisation, aber auch an motorischen Fähigkeiten, wie zum Beispiel Körperwahrnehmung. Eine solide Allgemeinbildung und die Vermittlung von Grundwerten einer sozialen Gesellschaft rücken in immer weitere Ferne. Sprachliche sowie grundlegende Fachkenntnisse sind immer weniger vorhanden. Viele sind mit den Anforderungen des Mittleren Schulabschlusses (MSA) überfordert. Die Leitlinie des Ministeriums 'Heterogenität als Chance nutzen' wird zur Utopie, weil die Anzahl der lernaffinen Schülerinnen und Schüler längst nicht mehr groß genug ist, um die mit Unterstützungsbedarf aufzufangen. Eine immer geringere Lernprogression ist die Folge.

» Abnahme des Bildungsniveaus

Die Unterrichtswirklichkeit entfernt sich also immer weiter von den Vorgaben (MSA) des Bildungsministeriums. Es fehlt an Basiskompetenzen; Defizite aus der Grundschule verhindern eine Progression in der Sekundarstufe I und später in der Sekundarstufe II. Eine ungünstige Lehrer-Schüler-Relation, die für eine Individualisierung nötig wäre, sowie ein – bei einer signifikanten Anzahl von Schülerinnen und Schülern – bildungsfernes Elternhaus, in dem Unterstützung immer weniger stattfindet, machen die Lage noch prekärer.

Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit wird deutlich, wenn man die Vornoten mit den ZP-Noten und den daraus resultierenden Abschlussnoten in Jahrgangsstufe 10 (am Beispiel Englisch) von Schülerinnen und Schülern aller Schulformen, die einen MSA¹ vergeben, von 2013² bis heute vergleicht. War im Landesdurchschnitt in über 94 Prozent die ZP Note schlechter als die Vornote, so waren es bei den Abschlussnoten nur 18 Prozent³.

Und das bei einer paritätischen Ermittlung der Abschlussnote.

Es existieren also faktisch *zwei* Niveaus: Wirklichkeit und Anspruch. Das Ministerium reagiert. Aber mit Lehrplänen⁴, die zum Beispiel durch die Aufwertung der kognitiven Kompetenz Sprachbewusstheit für mehr Durchlässigkeit in die Sekundarstufe II sorgen sollen. Ausbildungsbetriebe schätzen bei Bewerbungen zunehmend den Nachweis außerschulischer Sprachenzertifikate, die ein *tatsächlich* existierendes Sprachniveau bescheinigen⁵.

Die Beschulung einer Schülerschaft mit multiplen Förderbedarfen ist also höchst unbefriedigend, weil Lehrerinnen und Lehrer weder den starken, noch den schwachen Schülerinnen und Schülern, geschweige denn den eigenen Ansprüchen oder denen des Bildungsministeriums gerecht werden. Das führt zu großer Frustration. Die Einführung eines Hauptschulzweiges, wie das Land sie ermöglicht, käme vielen Kindern zugute, jedoch ist eine gleichzeitige Anpassung der Wochenarbeitszeit der Lehrkräfte von 28 auf 25,5 Stunden nicht vorgesehen. Diese Lösung scheidet also aus.

Zur Herausforderung der zu beschulenden Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine teilt das Schulministerium lapidar mit: »*Da in den vergangenen Jahren stetig Zuwanderung erfolgte, liegen hier gute Beratungspraxen und erprobte Konzepte vor*«⁶.

» Verwaltungsaufgaben

Diese Veränderungen erfordern auch einen höheren administrativen Aufwand in Form sozialer Intervention und Elternarbeit. 'Außerschulische' Verwaltungsanforderungen (zum Beispiel Bildung und Teilhabe, Kooperationsprozesse mit außerschulischen Partnern) werden immer stärker in die Verantwortung von Schule gegeben. Vermehrt zeigen Regelschüler – ohne bescheinigten Unterstützungsbedarf – Auffälligkeiten im Sozial- und Lernverhalten. Sie tauchen in keiner Statistik als beratungs- und betreuungsintensiv auf, sind aber eine reale →

Die Auswirkungen von Corona sind immer noch spürbar, und wir stecken mitten im digitalen Umbau. Die Bedingungen an Realschulen entsprechen nicht mehr den massiven gesellschaftlichen Herausforde-

Herausforderung und ziehen unter anderem zeitaufwändige Verwaltungsprozesse (zum Beispiel die Erstellung von Berichtszeugnissen, Entwicklungsberichten, AO-SF Verfahren, Eltern- und Hilfeplangespräche) nach sich.

Nicht aufschiebbare Gespräche bzw. die Klärung von Konflikten bedeuten eine Abnahme von Pausen, krankheitsbedingte Ausfälle einen erhöhten

auf. Die digitale Umstellung erfordert Einarbeitungszeit, die oft in der Freizeit und zum Teil über privat angeschaffte Medien stattfindet. Häufig ist doppelte Unterrichtsplanung (analog & digital) notwendig, um Inhalte für erkrankte Schülerinnen und Schüler bereitzustellen oder den Ausfall des WLAN-Netzes zu kompensieren.

» Was tun?

Systemische Veränderungen in der Realschule sind unerlässlich. Es braucht eine Besinnung auf Kernbereiche, das heißt eine solide Grundbildung, die die Beherrschung der deutschen Sprache einschließt. Es braucht fokussierte Kernlehrpläne und eine verbesserte räumliche Ausstattung, die eine Arbeit in lernförderlicher Atmosphäre ermöglicht. Der Fächerkanon am Nachmittag und Arbeitsschwerpunkte müssen im Hinblick auf ihren Lernertrag überprüft und angepasst, letztere gegebenenfalls eingestellt werden. Die Wochenarbeitszeit muss feste Zeiträume zum Beispiel für die Abstimmung in multiprofessionellen Teams, Schüler- und Elternberatung oder die Absprache mit KollegInnen beinhalten. Schulleitungen brauchen Entlastung, beispielsweise durch die Einrichtung von Zwischenhierarchien, deren Verantwortliche weisungsbefugt sind. Eine Absenkung der Arbeitszeit bzw. eine Aufstockung des gesamten Personals in Schule ist unerlässlich.

Ändert sich nichts, fehlt uns dringend nötiger Lehrernachwuchs, was bei Lehrkräften ein Gefühl des Ausgebrannt-Seins verursacht und nicht zuletzt die Bildung unserer Kinder gefährdet.

Peer Brändel

Fachlehrer für Englisch und Biologie
an einer Realschule in Gütersloh
Fachberater für die Bezirksregierung Detmold
Fachleiter am Zfsl Paderborn
Fachmoderator für Englisch

Anspruch

Wirklichkeit

Vertretungsbedarf, der die verbleibenden KollegInnen weiter belastet. Hinzu kommen traditionelle Verwaltungsaufgaben, sowie die Weiterentwicklung des eigenen Schulprofils.

» Digitalisierung

Die Digitalisierung der Schulen erfordert einen hohen organisatorischen und damit zeitlichen Aufwand (Beschaffung/Einrichtung/Einarbeitung/technischer Support). Fachspezifische und -übergreifende Curricula müssen digital adaptiert und weiterentwickelt werden. Eine landesweit einheitliche Arbeitsplattform gibt es nicht. Es steht zu befürchten, dass mit LOGINEO ein kostengünstiges, aber in der Arbeitswelt unbedeutendes Tool eingeführt wird.

Die ständige Verfügbarkeit führt zu Grenzüberschreitungen zwischen Privat- und Berufsleben und weicht Ruhezeiten

Die Diskrepanz zwischen ministeriellem Anspruch und schulischer Wirklichkeit ist groß und driftet zusehends weiter auseinander.

Foto: AdobeStock/Simplifline

1 RS, SK_E-Kurs, GE- E-Kurs, ARS, HS-TypB

2 SK erst ab 2015

3 <https://www.standardsicherung.schulministerium.nrw.de/cms/zentrale-pruefungen-10/ergebnisrueckmeldung/ergebnisberichte/>

4 <https://www.schulministerium.nrw/08032021-kernlehrplaene-fuer-die-fremdsprachen-der-sekundarstufe-i-hs-rs-ge-sk> vgl. KLP Englisch, S.13

5 Diese Prüfungen orientieren sich im Gegensatz zum MSA des Landes Nordrhein-Westfalen am international gültigen Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen (GeR)

6 Rundmail des Ministeriums am 8. März 2022

Lehrer-Nachwuchs diskutiert Zukunftsthemen



Die VDR-Jugendvertreter mit dem VDR-Vorsitzenden Jürgen Böhm (2.v.r.) bei der Tagung in Königswinter.

Die VDR-Jugend traf sich zu einer Arbeitssitzung in Königswinter. Das breit gefächerte Themenspektrum reichte von gerechter Bezahlung über schlechtere Karrierechancen von nordrhein-westfälischen Lehrkräften im Ländervergleich bis hin zur Notwendigkeit einer schlagkräftigen Lobbyarbeit.



von MARCEL WERNER

Die Jugendverbände des Verbandes Deutscher Realschullehrer haben sich in Königswinter zum gemeinsamen Austausch getroffen. Dabei wurden insbesondere die Eingruppierung der einzelnen Lehrkräfte in den jeweiligen Bundesländern, Karrierechancen und die Mitgliedergewinnung in den Fokus genommen.

Nach einer kurzen Einführung durch den VDR-Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm zu den unterschiedlichen Eingruppierungen waren sich alle Jugendverbände sehr schnell einig, dass eine Gleichbehandlung aller Lehrkräfte zwingend notwendig ist. Böhm betonte: »Es ist unabdingbar, dass Lehrkräfte für gleiche Arbeit auch das gleiche Geld verdienen.« Weiterhin wurde deutlich, dass auch die Mindeststundenzahl für eine Vollzeitkraft in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt wird. Die von *Lehrer nrw* initiierte Aktion 'Ich verdiene A13!' wurde von den anderen Verbänden sehr positiv aufgenommen und fand sehr großen Zuspruch.

» Ungleich verteilte Karrierechancen

Diskutiert wurde auch über die Karrierechancen im Schulsystem. Nach einer intensiven Betrachtung der einzelnen Bundesländer stellte die Jugendvereinigung sehr schnell fest, dass es hier große Defizite auf Landesebene gibt. Viele Länder sparen an Funktionsstellen, und für die wenigen Stellen gibt es unterschiedliche Voraussetzungen. Beispielsweise wird für eine Stelle als 2. Konrektor in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz jeweils eine Erfahrung von vier Berufsjahren vorausgesetzt, allerdings zählt unser Nachbarbundesland bereits ab dem Tag der Verbeamtung auf Probe. In Nordrhein-Westfalen wird erst nach der Verbeamtung auf Lebenszeit begonnen. Außerdem gibt es in Rheinland-Pfalz weit aus mehr Funktionsstellen in der Schulleitung, was bei der immer größeren Arbeitsbelastung zwingend notwendig ist. Die Folge im Grenzgebiet sind Abwanderungen von guten Kolleginnen und Kollegen. Hier muss die neue NRW-Landesregierung zwingend

nachbessern. Eine weitere Möglichkeit der Karrierechancen sind mehr Funktionsstellen (A13 Zulage) für schulinterne Aufgaben. Die Jugendvereidigung fordert insbesondere im Bereich der Lehrerausbildung die Schaffung solcher Stellen, um eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu gewährleisten.

» Herausforderung Mitgliedergewinnung

Die größte Herausforderung in den nächsten Jahren wird es für die einzelnen Landesverbände sein, wieder mehr *aktive* Mitglieder zu gewinnen. Das gewerkschaftliche Arbeiten muss ein Teil der Lehrerausbildung sein. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen verstehen, dass unsere Berufsgruppe eine starke Lobby benötigt. Die Notwendigkeit unserer Personalräte und unseres Verbandes darf nicht nur erkannt werden, wenn die einzelne Lehrkraft ein Problem mit ihrem Arbeitgeber hat. Dazu müssen wir als Basis gemeinsam kämpfen und unsere Stärken und Vorteile unseren Kollegen nahebringen. Die Jugendverbände möchten dazu ein Programm aufstellen, um gemeinsam an den Universitäten aufzutreten, denn dort wird der Grundstein für das gewerkschaftliche Arbeiten gelegt. Sollten Sie junge und engagierte Kollegen haben, geben Sie ihnen bitte meinen Kontakt weiter.



Marcel Werner ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft junge Lehrer NRW.
E-Mail: werner@lehrernrw.de

Das ewige Provisorium

Paragraf 132c des Schulgesetzes gibt Schulträgern unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, Realschulen mit einem Hauptschulbildungsgang einzurichten. So sollen Übergangswise Schullaufbahnen in einzelnen Kommunen gesichert werden. Aus der Interimslösung scheint aber ein »in perpetuum« geworden zu sein. Dabei hatten die 132c-Schulen von Anfang an einen schweren Stand. Daran hat sich nichts geändert, wie ein aktuelles Beispiel aus Krefeld zeigt.

Dieser Brief birgt schulpolitischen Sprengstoff. Geschrieben hat ihn die Schulkonferenz der Albert-Schweitzer-Schule in Krefeld, die 2017 einen Hauptschulbildungsgang eingerichtet hat. Das an Krefelds Oberbürgermeister Frank Meyer gerichtete Schreiben haben die Unterzeichner, die Vorsitzende der Schulpflegschaft, der Vorsitzende des Lehrerrats und die Schülersprecherin, mit 'Verlorene Kinder' betitelt. Es ist ein Hilferuf. Wir drucken ihn hier im Wortlaut ab:

»Seit 2017 hat die Albert-Schweitzer-Schule ab Klasse 7 Kinder im Hauptschulbildungsgang. Es zeigt sich, dass es der Schule trotz aller Bemühungen der Lehrkräfte und der Elternschaft nicht gelingt, die Hauptschülerinnen und Hauptschüler ihren Bedürfnissen entsprechend zu unterstützen.

Die Realschulen mit Hauptschulbildungsgang nach § 132c des Schulgesetzes NRW sollen dieselben Aufgaben bewältigen wie andere Schulformen des 'längeren gemeinsamen Lernens', allerdings unter sehr viel schlechteren Rahmenbedingungen als diese Schulformen:

- Die 132c-Schulen haben (genau wie die regulären Realschulen) die schlechteste Schüler-Lehrer-Relation aller Sekundarstufe I-Schulformen. Die einzelne Lehrkraft muss sich folglich um mehr Kinder kümmern als an jeder anderen Schulform.
- Die Bezirksregierung versucht, die Zahl der Lehrer durch Zuweisung zusätzlicher Stellen zu erhöhen, diese können jedoch nicht besetzt werden, da junge Lehrkräfte zum einen rar sind und zum anderen häufig Schulen in weniger 'problematischen' Lagen bevorzugen.
- Die Lehrkräfte dieser Schulen erteilen wie an Haupt-

schulen die meisten wöchentlichen Pflichtstunden aller Sekundarstufe I-Schulformen, haben also noch mal weniger Zeit für das einzelne Kind.

- Der Klassenfrequenz-Richtwert entspricht dem 'regulärer' Realschulen, während an Hauptschulen und Sekundarschulen, die dieselben Aufgaben erfüllen, kleinere Klassen gebildet werden dürfen.
- Das System der Neigungsdifferenzierung der Realschule bedingt Einschränkungen in der Erstellung der Stundenpläne, die die angedachte Bildung von G-Kursen für Hauptschülerinnen und -schüler unmöglich macht.

Nachdem nun die ersten Jahrgänge mit Hauptschülerinnen und -schülern ihre Schullaufbahn an der Albert-Schweitzer-Schule durchlaufen haben, zeigt sich ein ernüch-

Notdürftig zusammengehalten:

Der Hauptschulbildungsgang an Realschulen ist seit der Einführung ein ewiges Provisorium geblieben. Die Leidtragenden sind die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte.

terndes Bild: Die Schülerinnen und Schüler im Hauptschulbildungsgang erreichen häufig keinen Schulabschluss. So haben im Sommer 2021 vier Hauptschülerinnen und -schüler aus Klasse 7, zehn aus Klasse 8 und fünfzehn aus Klasse 9

Foto: AdobeStock/Klaus Eppeler

unsere Schule ohne einen Abschluss verlassen. Das sind mehr als die Hälfte aller unserer Kinder im Hauptschulbildungsgang.

Neben den oben beschriebenen Rahmenbedingungen spielt hierbei auch die soziale Herkunft der Krefelder Hauptschülerinnen und -schüler eine Rolle: Viele der Familien haben nicht die finanziellen, sprachlich-kulturellen und sozialen Voraussetzungen, um ihre Kinder unterstützen zu können. Somit sind häufig neben schulischer Förderung in hohem Maße auch sozialpädagogische und jugendpflegerische Maßnahmen erforderlich, die vom Personal der Schulen allein nicht geleistet

werden können. Die Realschulen mit Hauptschulbildungsgang sind bei der Umsetzung des Hauptschulbildungsganges erheblich überfordert, zumal sie ja ohnehin erhebliche Heterogenität durch die Inklusion und die Integration der DAZ-Kinder, durch LRS und Dyskalkulie bewältigen müssen. In den kommenden Jahren wird sich die dargestellte Problematik eher noch verschärfen. Es scheint daher dringend geboten, nach besseren Lösungen für die Kinder zu suchen.

Die angemessene Betreuung der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist an vielen Schulen jetzt schon nicht gegeben. Eine Zuweisung weiterer Kinder – ohne die personellen und räumlichen Ressourcen zu verbessern – wäre verantwortungslos.

Die Realschulen mit § 132c sind an ihrer Belastungsgrenze angekommen. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen werden die Schulen weder den Realschülerinnen und -schülern noch den Inklusionsschülerinnen und -schülern noch den DAZ-Kindern oder den der Schule anvertrauten Hauptschülerinnen und Hauptschülern gerecht. Die Erfüllung des Erziehungs-

und Bildungsauftrages in der Schule ist massiv gefährdet. Dies ist auch den Eltern der originären Realschüler:innen bewusst, die deshalb besorgt sind und das Gespräch mit der Schulleitung suchen. Sie befürchten erhebliche Nachteile für ihre Kinder.

Die Hauptschülerinnen und -schüler, die Realschulen mit Hauptschulbildungsgang besuchen, haben deutlich schlechtere Bildungschancen als an anderen Schulformen. Die Kollegien dieser Realschulen, die nach Kräften versuchen, allen ihnen anvertrauten Kindern gerecht zu werden, stehen vor einer unlösbaren Aufgabe. Somit ist der Versuch, die Krefelder Hauptschülerinnen und Hauptschüler im Hauptschulbildungsgang an Realschulen zu versorgen, aufgrund der völlig unzureichenden Rahmenbedingungen gescheitert.

Gern möchten wir gemeinsam mit Schulträger, Bezirksregierung, Lokalpolitik und Verbänden auf die Landespolitik einwirken, damit sich schnellstmöglich die Rahmenbedingungen der Realschule mit Hauptschulbildungsgang verbessern und zumindest denen der Schulformen des 'längeren gemeinsamen Lernens' angepasst werden. Ansonsten drohen abgebrochene Bildungslaufbahnen, vergebene Lebenschancen und somit letztlich auch Kosten für den Sozialstaat.

Mit Blick auf das für die nächsten Jahre prognostizierte Anwachsen der Schülerzahlen in Krefeld in der Sekundarstufe I appellieren wir dringend an die Verantwortlichen aus Lokalpolitik und Verwaltung, Lösungen zu finden, die die Situation der Schülerinnen und Schüler an den Realschulen mit Hauptschulbildungsgang verbessern.«

Schule mit Geburts- fehler



Nein, auch bei wohlwollender Betrachtung wird das Glas nicht voller:

Die 132c-Schulen in Nordrhein-Westfalen leiden nach wie vor an einer miserablen personellen und strukturellen Ausstattung.

Für *lehrer nrw* ist die dramatische Situation an der Albert-Schweitzer-Schule in Krefeld keine Überraschung. Unser Verband hat von Anfang an auf den Geburtsfehler des Konstruktes 'Realschule mit Hauptschulbildungsgang' hingewiesen – nämlich die unzureichende Ausstattung mit personellen, zeitlichen und strukturellen Ressourcen.

Darauf weist auch Krefelds Oberbürgermeister Frank Meyer hin. Alarmiert von dem Brandbrief aus der Albert-Schweitzer-Schule, hatte er sich mit der Bitte um Unterstützung an *lehrer nrw* gewandt. Verbandsvorsitzender Sven Christoffer nahm den Ball gern auf und hat seinerseits in einem Schreiben an die bildungspolitischen Sprecher von CDU, SPD, Grünen und FDP erneut einen konstruktiven und ergebnisoffenen Dialog angeboten, um das Konstrukt der 132c-Schulen in Gänze zu über-

denken. »Aus meiner Sicht ist der Hauptschulbildungsgang an Realschulen in seiner derzeitigen Ausgestaltung nicht tragfähig«, so seine schonungslose Bestandsaufnahme.

Derzeit gibt es in Nordrhein-Westfalen insgesamt achtzehn Realschulen, die einen Hauptschulbildungsgang nach § 132c anbieten. Dies hatte die damalige rot-grüne Landesregierung 2015 durch eine umstrittene Änderung des Schulgesetzes ermöglicht. Als systemische Ressource zur Umsetzung wurden den betreffenden Schulen jeweils 0,5 Lehrerstellen (!) zugewiesen. Das konnte nicht funktionieren und bedeutete eine von der rot-grünen Koalition, die eine Stärkung der Schulen des längeren gemeinsamen Lernens propagierte, billigend in Kauf genommene Schwächung der Realschulen – letztlich auf Kosten der Kinder. De facto degradierte Rot-Grün die

132c-Schulen zu Schulen des längeren gemeinsamen Lernens – mit dem Haken, dass diese unter erheblich schlechteren Rahmenbedingungen arbeiten mussten. Auch auf Druck von *lehrer nrw* und des Hauptpersonalrats Realschulen gelang es unter der schwarz-gelben Nachfolgeregierung immerhin, die systemische Ressource von 0,5 auf 2,5 Lehrerstellen anzuheben. Ansonsten zeigte aber auch die CDU/FDP-Regierung keinen übersteigerten Ehrgeiz, die Situation der 132c-Schulen zu verbessern. Und so blieben die Rahmenbedingungen dort miserabel – und sind es weiterhin.

Das aufrüttelnde Alarmsignal aus Krefeld zeigt: Die 132c-Schulen bedürfen einer grundlegenden Neuausrichtung. Das Thema muss dringend und prominent auf die schulpolitische Prioritätenliste. *lehrer nrw* wird den Dialog suchen. **Jochen Smets**

DOSSIER

Ein Königreich für einen Handwerker:
Während der Akademisierungswahn grassiert, fehlen in nahezu allen Branchen Fachkräfte. Eine Stärkung des dualen Ausbildungssystems tut Not.



Foto: AdobeStock/Tom Beyer

Deutschland im Akademisierungswahn

Eklatanter Fachkräfte- und Handwerker-mangel bedrohen den Wirtschaftsstandort Deutschland. Ein Grund dafür ist die Vernachlässigung des dualen Ausbildungssystems. Es ist politisch gewünscht, dass möglichst jeder das Abitur erreicht. Doch der Akademisierungswahn der deutschen Bildungspolitik gefährdet Wohlstand und Fortschritt.

von **PROFESSOR HANS-PETER KLEIN**

In der Talkshow 'Hart aber Fair' griff Frank Plasberg kürzlich ein für den Wirtschaftsstandort Deutschland immer bedrohlicher werdendes Szenario auf dem Arbeitsmarkt auf: »Die neue Arbeiter-Losigkeit: Warum gehen Deutschland die Fachkräfte aus?« Ob Pflegekraft, Kellnerin oder Handwerker – in Deutschland fehlten überall Fachkräfte. Die Unis seien voll, doch der Handwerkermarkt sei trotz oft guter Bezahlung leer. Was kann man da tun? Sind Fachkräfte aus dem Ausland die Lösung, wo-

möglich die Menschen aus der Ukraine eine Hilfe? Darüber diskutierten die Gäste mehr oder weniger diffus an diesem Abend.

Schauen wir uns die für diese Entwicklung ursächlichen Fakten einmal näher an. Fakt ist, dass die Hochschulen seit etwa einem Jahrzehnt von immer mehr Studierwilligen geflutet werden. Fast alle Universitäten haben binnen kürzester Zeit ihre Studentenzahlen um mehr als fünfzig Prozent erhöhen müssen, wie beispielsweise die Goethe-Universität Frankfurt von noch knapp unter 30 000 Studenten zu Beginn des letzten Jahrzehnts bis hin zu rund →

47 000 nur wenige Jahre später. Die schon in den neunziger Jahren befürchteten Massenuniversitäten mit deutlich verschlechterten Lernbedingungen sind heute Realität. Was aber ist der Grund und was sind die Folgen dieser Entwicklung?

Spätestens seit der PISA-Studie 2000 wurde insbesondere Deutschland kontinuierlich auf die Anklagebank des PISA-Chefs der OECD in Paris, Andreas Schleicher, gesetzt. Im internationalen Vergleich sei die Abiturientenquote viel zu gering. Der Wirtschaftsstandort Deutschland sei in Gefahr, wenn nicht entsprechend gegengesteuert werde. BildungsökonomInnen rechneten gleich vor, wie viele Prozente an zukünftigen Bruttosozialprodukten jährlich verloren gingen, wenn hier nicht sofort gegengesteuert würde.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) begab sich fatalerweise frühzeitig in die Gefangenschaft der empirischen Bildungsforschung, die ab der Jahrtausendwende wie ein Phoenix aus der Asche emporstieg. Frühzeitige Kritik vor allem aus den Erziehungswissenschaften an der bildungsökonomischen Entwicklung wurden als unerwünschtes Störfeuer abgetan, ihre Einsprüche schlichtweg missachtet. Die meisten Eltern waren allerdings durchaus erfreut, bedeutete dies

»Das Bundesministerium für Bildung und Forschung begab sich fatalerweise frühzeitig in die Gefangenschaft der empirischen Bildungsforschung, die ab der Jahrtausendwende wie ein Phoenix aus der Asche emporstieg.«

doch das relativ sichere Abitur für ihre Zöglinge und die Aussicht auf deren Akademikerstatus.

Fakt ist weiterhin, dass in den neunziger Jahren die Abiturientenquote in

»Bereits 2015 betrug die Abiturientenquote zwischen 40 Prozent und 55 Prozent je nach Bundesland, bei immer besser werdenden Durchschnittsnoten und einer exponentiellen Zunahme an Einser-Abituren.«

den einzelnen Bundesländern noch zwischen knapp zwanzig Prozent und knapp unter dreißig Prozent lag, je nach Bundesland. Schon damals wurde von Kritikern der Niveauverlust im Abitur gegenüber früheren Jahren kritisiert. Gut zwanzig Jahre später hat sich geradezu ein Wunder vollzogen: Bereits 2015 betrug die Abiturientenquote zwischen 40 Prozent und 55 Prozent je nach Bundesland, bei immer besser werdenden Durchschnittsnoten und einer exponentiellen Zunahme an Einser-Abituren. Aktuell Spitzerreiter der Entwicklung ist Nordrhein-Westfalen. Die Zahl der Abiturienten mit Endnote 1,0 explodiert – zumindest in NRW. Der nordrhein-westfälische Philologenverband hat fünfzehn Jahre nach Einführung

des Zentralabiturs eine Bilanz gezogen, schrieb die 'Rheinische Post' am 31. Mai 2022 ihrer Dienstausgabe. »In jedem Jahr wurden und werden die Durchschnittsnoten der Abiturienten besser«, heißt es in dem Bericht. Gleichzeitig begrüßten nicht nur die Kultusministerien der Länder die inflationäre Vergabe des Abiturs. Bildungs- und Gewerkschaftsverbänden und auch so manchem Reformpädagogen kam diese politische Stoßrichtung gerade recht, war doch schon immer die als elitär betrachtete geringe Abiturientenquote ein Dorn in deren linkem Auge.

Wie aber ist es möglich, die Abiturientenquote binnen kürzester Zeit fast zu verdoppeln? Sind wir also in Deutschland doppelt so

schlau wie noch vor zwanzig Jahren? Wohl kaum. Die Antwort auf diese Frage liegt auf der Hand: Man hat einfach insbesondere die fachlichen Anforderungen selbst an den Gymnasien auf politischen Druck hin teils massiv abgesenkt. Zahlreiche Vergleiche der Zentralabituraufgaben der einzelnen Bundesländer im Laufe der Jahre konnten dies zweifelsfrei nachweisen. Mathematische Leistungen, die in Baden-Württemberg noch in den siebziger Jahren jeder Realschüler in seiner Abschlussprüfung zu bearbeiten hatte, fehlen heute in diesem Schwierigkeitsgrad weitgehend, selbst in den Leistungskursen. Jährliche Rekorde bei den Durchschnittsnoten werden selbst in der Presse meist nur noch mit ironischen Kommentaren versehen.

Als Folge dieser Entwicklung strömen immer mehr nicht studierfähige Abiturienten an die Hochschulen. Auch dem BMBF in Berlin ist diese Entwicklung durchaus bekannt. Um nun die Durchfall- und Abbrecherquoten nicht ins Uferlose ansteigen zu lassen, wurden die Hochschulen angehalten, eine Art Nachhilfekurse für nicht studierfähige Studierwillige vor Aufnahme des Studiums anzubieten, in denen thematisch fachliche Grundlagen in den Fächern zu lehren sind, deren Vermittlung vormals die genuine Aufgabe der abiturvergebenden Schulformen

»Wie aber ist es möglich, die Abiturientenquote binnen kürzester Zeit fast zu verdoppeln?«

»Um nun die Durchfall- und Abbrecherquoten nicht ins Uferlose ansteigen zu lassen, wurden die Hochschulen angehalten, eine Art Nachhilfekurse für nicht studierfähige Studierwillige vor Aufnahme des Studiums anzubieten, in denen thematisch fachliche Grundlagen in den Fächern zu lehren sind, deren Vermittlung vormals die genuine Aufgabe der abiturvergebenden Schulformen war.«

DER AUTOR



Prof. Dr. Hans Peter Klein

hatte bis 2018 den Lehrstuhl für Didaktik der Biowissenschaften der Goethe Universität Frankfurt inne, war Mitbegründer der Gesellschaft für Bildung und Wissen und ist Präsident der Gesellschaft für Didaktik der Biowissenschaften

war. Dass diese vom Steuerzahler durch das BMBF finanzierten Kurse in der Öffentlichkeit nicht so heißen dürfen, liegt auf der Hand. »Ein starker Start ins Studium« beispielsweise klingt doch sehr viel positiver, und nur für derartige Wortkreationen gibt's dann Geld. Allein an der Goethe-Universität Frankfurt schlägt dies mit einem zusätzlichen Budget von 42 Millionen Euro über einen Zeitraum von zehn Jahren zu Buche. Weiterhin wurden die klammen Hochschulen mit weiterem Geld zwecks Senkung

der Misserfolgsquoten geködert: Für jeden in der vorgesehenen Studienzzeit zum Abschluss gebrachten Studenten gibt es bereits seit 2015 in fast allen Bundesländern Prämien von rund 4000 Euro und mehr (etwa in Nordrhein-Westfalen).

Gleichzeitig wurde das duale berufsbildende System vor allem dadurch weiter ausgehöhlt,

indem in einem vorher nicht gekannten Akademisierungswahn berufliche Ausbildungsgänge gleich massenhaft akademisiert wurden. Bereits 2018 boten 78 Universitäten, Hochschulen und Akademien 149 verschiedene Studiengänge allein in der Pflege an, davon 105 mit einem Bachelor- und 44 mit einem Masterabschluss. Laut 'Studycheck' gibt es derzeit 20.185 Studiengänge an 585 Hochschulen in Deutschland. Blumige Beschreibungen klingen eher wie Realsatire: Dentalhygiene und Präventionsmanagement, Service-Center-Management, Cruise-Management, Golf-Management, Accessoire Design, Coffee-Management, Citizenship, Civic Engagement oder Culinary Arts und Food Management. Für derartige Studiengänge kennt man im anglo-amerikanischen Raum einen zutreffenden Namen: 'Micky-Maus-Studiengänge', die schon al-

lein wegen ihrer geringen Nachhaltigkeit letztlich ins Nichts führen. Die Absolvierenden sitzen in der oftmals zitierten 'Bachelor-Falle'. Über- und Fehlqualifikationen sind die Folge.

Für das berufsausbildende System bleibt dann nur noch eine Restpopulation an Bewerbern übrig, die aufgrund der Absenkung der Ansprüche teilweise nicht mal über die grundlegenden Kompetenzen des Lesens, des Schreibens oder des basalen Rechnens verfügen. Das Ergebnis liegt auf der Hand: ein eklatanter Fachkräfte- und Handwerkermangel.

Das Beispiel der Schweiz widerlegt zudem die Aussagen der Bildungsökonomien für eine derartige Entwick-

lung. Man ist dort nicht auf die Propaganda der OECD hereingefallen und hat weiterhin eine Abiturientenquote von rund zwanzig Prozent. Entsprechend der OECD müssten dort die Lichter längst ausgegangen sein. Das Gegenteil ist der Fall. Mit ihrer ausgeklügelten und stark geförderten beruflichen Ausbildung im dualen System hat die Schweiz die niedrigste Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote und eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen. Ganz im Gegensatz dazu haben Länder ohne duales System zwar deutlich höhere Akademikerquoten, wie etwa Großbritannien oder die südeuropäischen Länder, aber auch eine deutlich höhere Jugendarbeitslosigkeit. Nicht nur in südeuropäischen Ländern, auch in China und Australien ist

längst von einem akademischen Prekariat die Rede.

Fakt ist auch, dass sich die Schere zwischen den Einkommen von Akademikern und Handwerkern und Fachkräften zusehends schließt. Das liegt schon allein an der Nachfrage und dem Angebot, dass auf Jahrzehnte hin knapp bleiben dürfte. In der Sendung 'Hart aber Fair' wurde vor der 'Londonisierung' gewarnt. Mittlerweile sind dort Headhunter vielfach unterwegs, um Handwerker ausfindig zu machen. Diese →

»Mit ihrer ausgeklügelten und stark geförderten beruflichen Ausbildung im dualen System hat die Schweiz die niedrigste Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote und eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen.«

»Jeder, der im Ahrtal oder der Eifel vom Hochwasser heimgesucht wurde, weiß, dass der Wiederaufbau keine Frage des Geldes, sondern der nicht vorhandenen Handwerker und Fachkräfte im Baubereich ist.«

»Bereits 2018 boten 78 Universitäten, Hochschulen und Akademien 149 verschiedene Studiengänge allein in der Pflege an.«

können aufgrund der enormen Nachfrage finanziell verlangen, was sie wollen. Teilweise finden Bietverfahren statt. Jeder, der im Ahrtal oder der Eifel vom Hochwasser heimgesucht wurde, weiß, dass der Wiederaufbau keine Frage des Geldes, sondern der nicht vorhandenen Handwerker und Fachkräfte im Baubereich ist. Es wird noch viele Jahre dauern, bis alle Schäden auch an der Infrastruktur behoben sein werden. Ohne die teilweise aus dem Osten stammenden und dort angemeldeten Handwerkerkolonnen geht derzeit in diesen Regionen gar nichts. Auch der politisch binnen kürzester Zeit eingeforderte Ausbau der erneuerbaren Energien, der Hausdämmung, der Solardächer, der Wärmepumpen u.a. wird weniger am Geld als an den nicht vorhandenen Kapazitäten im Handwerker- und Fachkräftebereich scheitern.

Zu glauben, dass jetzt in großem Maße Hilfe aus der Ukraine kommt, ist wenig empathisch. Die Menschen aus der Ukraine haben andere Sorgen, als Lückenbüßer für eine verfehlte Bildungspolitik in Deutschland zu sein. Da müssen wir uns schon an die eigene Nase fassen. Außerdem hat uns 2015 gezeigt, dass diese Lücke durch die mehr als 800 000 syrischen Flüchtlinge von damals, die ja der Bevölkerung als bestens ausgebildet präsentiert wurden, nicht geschlossen werden konnte (laut ZEIT vom 23. September 2021 bedürfen immer noch 67 Prozent der staatlichen Unterstützung). Auch hier ist möglicherweise ein Déjà-vu zu erwarten. Denn auch zwischen einem Bachelor oder Master einer Eliteuni aus den USA, Großbritannien, Ecuador, Syrien, der Ukraine, Marokko oder auch aus Deutschland liegen Welten im Anforderungsniveau. Dies ist einer der wesentlichen Gründe für die unterschiedliche Prosperität der entsprechenden Volkswirtschaften. Dies scheint sich bis in die obersten Kreise des BMBF, der Kultusministerien der Länder und der Politik generell noch nicht herumgesprochen zu haben.

Was ist zu tun? Man wird diese jahrzehntelange Fehlentwicklung nicht in wenigen Jahren in eine vernünftige Richtung leiten können. Eine sofortige 180-Grad-Drehung der Bildungspolitik durch die entsprechenden Institutionen des Bundes und der Länder ist gefordert, die allerdings jahrelang der Bevölkerung ins Ohr geflüstert haben, man könne nur als Akademiker ein zufriedenes und finanziell abgesichertes Dasein fristen. Zusammen mit der deutschen Wirtschaft, den Handwerker- und

INFO

Dieser Beitrag ist zuerst in Cicero Online am 9. April 2022 erschienen und am 15. April 2022 in den Condorcet Bildungsperspektiven in der Schweiz

Fachkräfteverbänden muss sofort ein Bewerbungsprogramm in den Schulen und der Öffentlichkeit gestartet werden, das dem dualen berufsausbildenden System eindeutig den Vorrang einräumt. Auch eine Umsteuerung in der finanziellen Zuwendung ist oberstes Gebot. Anstatt im Bildungsbereich weiterhin meist nutzlose Studien – dazu gehören auch die PISA-Studien und alle ihre Abkömmlinge, mit denen die Schulen heimgesucht werden – mit zweifachen Millionenbeträgen pro Jahr auszustatten, ist dieses Geld in der Förderung der dualen Ausbildung in allen notwendigen Schritten sehr viel besser angelegt. Eine Thematisierung in den Schulen ist Voraussetzung dafür, dass die Schüler hier die verschiedensten Möglichkeiten der dualen Ausbildung vorgestellt bekommen. Gerade auch die digitale Transformation des Handwerks hin zu einer zunehmend digitalen Arbeitswelt darf in den Schulen nicht zu kurz kommen.

Dann werden auch die Hochschulen entlastet und können sich mit deutlich geringeren Studentenzahlen und wesentlich verbesserten Betreuungsverhältnissen der Forschung und Lehre wieder erfolgreicher widmen, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Seit Jahren schafft es keine deutsche Universität im Shanghai-Ranking unter die ersten 50! (Aktuell erreicht die LMU Platz 48 (!), die TUM Platz 54, Heidelberg 57 und Bonn den Platz 87.) Die ETH-Zürich – von vielen deutschen Bildungsexperten lange belächelt – zeigt, wie es geht, einen der Plätze unter den ersten 20 zu erreichen. Die ersten zehn Plätze sind stets den bekannten acht amerikanischen Elitehochschulen und den beiden bekannten britischen Hochschulen Oxford und Cambridge vorbehalten.

Mit 'Hart aber Fair' hat dieser Beitrag begonnen und soll damit auch enden. Frank Plasberg stellte in seiner Sendung leider erst zum Schluss einen Videoclip vor, in dem der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks, Joseph Wild, vor 50 Jahren zu Wort kam: »Wir haben einen kolossalen Mangel an Facharbeitern, und man soll doch mit dem Irrtum aufhören, dass man aus dem letzten Dorftrottel einen Hochschulprofessor machen kann.«

»Seit Jahren schafft es keine deutsche Universität im Shanghai-Ranking unter die ersten 50!«

LITERATURTIPP

H.P. Klein: Abitur und Bachelor für alle – wie ein Land seine Zukunft verspielt. ZuKlampen (2018)



Wohin führt der Weg?

Das wissen viele Grundschulabsolventen oft selbst nicht, weil das derzeitige Anmeldeverfahren für die weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen viele Unwägbarkeiten produziert.

Ein (zu) langer Weg

Das Anmeldeverfahren für weiterführende Schulen muss reformiert werden. Dies fordert *Lehrer nrw* seit langem und sieht sich dabei im Einklang mit zahlreichen Parteien- und Ministeriumsvertretern. Doch in der vergangenen Legislaturperiode wurde diesbezüglich eine große Chance vertan.

In der Ausgabe 2/2020 unserer Verbandszeitschrift wurde unter dem Titel 'Unfairer Wettbewerb' über die ungleichen Bedingungen beim Anmeldeverfahren für weiterführende Schulen berichtet. Auf der Grundlage der Verwaltungsvorschrift 1.1.2 zu §1 der APO SI dürfen Schulen in einem vorgezogenen Anmeldeverfahren vor den anderen Schulen ihre Türen für die Anmeldungen öffnen, wenn der Schulträger dies erlaubt.

Im Februar 2020 wurde der Hauptpersonalrat (HPR) Realschulen von zahlreichen Schulleiterinnen und Schulleitern darum gebeten, sich für die Abschaffung des vorgezogenen Anmeldeverfahrens einzusetzen. Da die Änderungen von Verwaltungsvorschriften durch das zuständige Ministerium erfolgen können, war die Hoffnung auf eine schnelle Änderung groß.

Es hat aber mehrere Anläufe gebraucht. Der HPR hat das Anliegen auf der nächsten Gemeinschaftlichen Besprechung der Ministerin und dem Staatssekretär vortragen. Parallel dazu hat Sven Christoffer als Vorsitzender von *Lehrer nrw* zudem mehrfach Gespräche mit den schulpoliti-

schen Sprecherinnen und Sprechern unterschiedlicher Fraktionen geführt.

» Viele Gespräche, ernüchternde Ergebnisse

Schließlich wurde auf der letzten Gemeinschaftlichen Besprechung am 7. März 2022 an das Thema erinnert. Es kam nochmal Bewegung in die Angelegenheit, erneut wurden auf unterschiedlichen Ebenen Gespräche geführt. Am Ende der Legislaturperiode fand noch ein kurzfristig terminiertes Gespräch am 27. April 2022 mit Sven Christoffer und Schulministerin Yvonne Gebauer, Staatssekretär Mathias Richter, der schulpolitischen Sprecherin der CDU, Claudia Schlottmann, der Vorsitzenden des Schulausschusses, Kirstin Korte, und der schulpolitischen Sprecherin der FDP, Franziska Müller-Rech, statt. Das Ergebnis war ernüchternd: Zum einen wollte das Ministerium die Entscheidung nicht ohne Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände als übergeordnete Instanz der Schulträger treffen. Zum anderen wurde das Thema auch durch die Nachrichten zu den Anmeldungen in Köln begleitet. Hier waren auf Grund einer Ent-

scheidung des Oberverwaltungsgerichts gleichzeitige Anmeldungen an verschiedenen Schulen möglich. Nach der Anmeldung waren viele Eltern lange Zeit unsicher, welche Schule ihr Kind nach Klasse 4 besuchen wird.

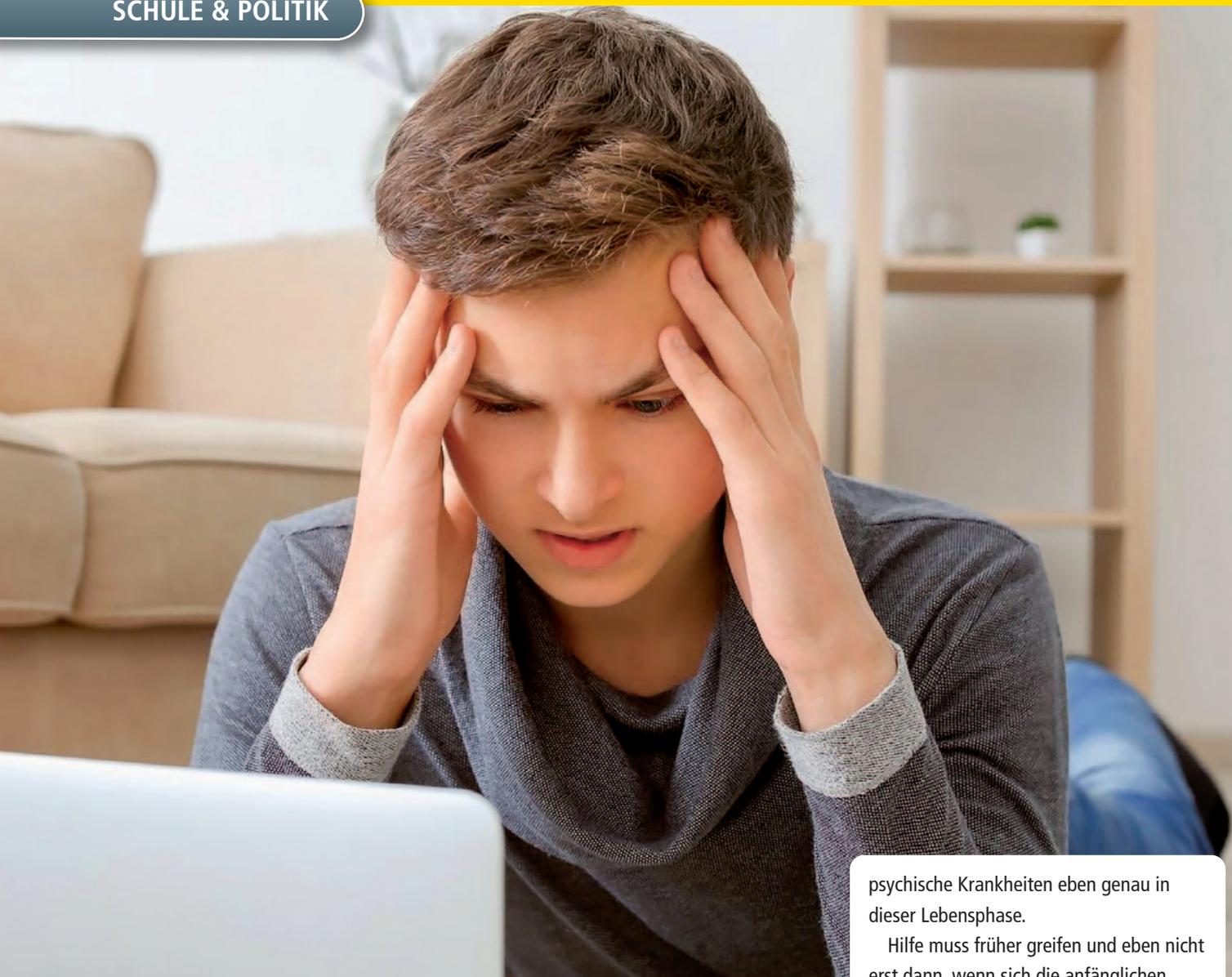
» Vertane Chance

Am Ende waren sich wohl alle einig, dass das Anmeldeverfahren insgesamt überarbeitet werden muss. Eine solche Änderung ist aufgrund des OVG-Urteils allerdings nur über eine Rechtsverordnung im Parlament möglich. Sowohl CDU als auch FDP haben angekündigt, bei der Neuordnung des Anmeldeverfahrens die Abschaffung der vorgezogenen Anmeldungen einzubeziehen. Diejenigen, die eine Änderung hätten herbeiführen können, haben ihre Chance vertan, und die Enttäuschung darüber ist groß.

Nach der Landtagswahl ist nun die CDU in der Position, mit einem Koalitionspartner das Anmeldeverfahren zu überarbeiten. Wir vertrauen darauf, dass die CDU zu ihrer Zusage steht und die Abschaffung des vorgezogenen Anmeldeverfahrens in eine wahrscheinlich neue Rechtsverordnung einbringt. Ich hoffe, den Verantwortlichen ist bewusst, dass die Anmeldungen jedes Jahr nach der Ausgabe der Halbjahreszeugnisse erfolgen und parlamentarische Entscheidungen meist Zeit brauchen. Soll das kommende Anmeldeverfahren bereits durch eine neue Rechtsverordnung geregelt werden, bleibt nicht viel Zeit!

Olaf Korte

Leiter des Referats 'Schulleitung' des Verbandes *Lehrer nrw*



Nicht allein: Wenn sich auf dem Weg ins Erwachsenwerden Probleme auftürmen, finden Jugendliche bei KindSpace professionelle Unterstützung auf Augenhöhe.

Sprecht über den Elefanten im Raum!

Wer sich noch erinnert, der weiß ganz genau: Dem gelobten Weg des Erwachsenwerdens wird nicht der rote Teppich ausgerollt. Es ist ein richtig harter Parcours – mit Höhen und Tiefen. Wie dankbar wären wir wohl damals über Angebote wie KindSpace gewesen.

Wenn das Herz zum ersten Mal bricht, Selbstzweifel ihnen die Kraft rauben, es zuhause kracht und sie kaum noch Schritt halten können, an wen wenden sich die Jugendlichen dann? In einer Gesellschaft, die sich immer noch schwer damit tut, das lästige Tabu aufzuheben, das über mentale Gesundheit gelegt wurde, kostet es den jungen Menschen viel Überwindung, sich Unterstützung zu holen. Und das ist richtig problematisch. Schließlich entwickeln sich viele

psychische Krankheiten eben genau in dieser Lebensphase.

Hilfe muss früher greifen und eben nicht erst dann, wenn sich die anfänglichen Schwierigkeiten bereits zu großen Problemen aufgetürmt haben. Man sollte nicht warten müssen, bis man krank wird, um professionellen Rat zu bekommen.

» Ein sicherer Ort

Carlotta Glatzel ist überzeugt: Mit den Stolpersteinen der Jugend muss niemand allein fertig werden. Sie trat mit Lehrer:innen, Schulpsycholog:innen und Eltern in den Dialog und entwickelte dann mit Jugendlichen das Konzept hinter KindSpace. Dabei fand sie heraus, dass das Bedürfnis zwar da ist, vielen aber der Raum fehlt, um ihre Sorgen und Ängste zu äußern.

Doch daran soll sich was ändern. Im Sommer 2021 gründet Carlotta KindSpace. Es ist ein junges Team mit engagierten Psychotherapeut:innen i.A., Psycholog:innen und Studierenden aus ganz Deutschland. Alle arbeiten ehrenamtlich und tun's für die Sache: gemeinsam möglichst vielen

WEITERE INFOS

Web: www.kinspace.me

Instagram: [kinspace.me](https://www.instagram.com/kinspace.me)

Jugendlichen einen sicheren Ort anzubieten, unkompliziert und kostenlos.

» Gut gewappnet

KindSpace bietet Jugendlichen online Gruppensessions für die mentale Gesundheit – angeleitet durch geschulte Psychologiestudierende, die regelmäßig supervidiert werden. Die Sessions finden online statt und sind somit von jeder Couch aus erreichbar. Hier bekommen die Jugendlichen Verständnis und Anerkennung von Gleichaltrigen. Es erleichtert, zu wissen, dass sie mit ihren Anliegen nicht allein sind. Die Moderator:innen laden dazu ein, gemeinsam zu reflektieren und bringen ein vielseitiges Curriculum aus Achtsam-

keitsübungen und Bewältigungsstrategien mit.

» Präventive Unterstützung

Damit sich bei KindSpace alle wohlfühlen, gibt es grundlegende Umgangsregeln. Wie anonym die Jugendlichen bleiben und in welchem Umfang sie sich einbringen möchten, ist ihnen dabei selbst überlassen. Hier ist es auch okay, einfach nur zuzuhören oder über den Chat zu kommunizieren. KindSpace bietet präventive Unterstützung. Wenn Jugendliche mehr Unterstützung benötigen, vermittelt KindSpace an weiterführende Anlaufstellen, damit alle Jugendlichen die Unterstützung bekommen, die sie benötigen.

» Resilient werden

Was KindSpace wirklich besonders macht, sind die Achtsamkeitsübungen – Atemübungen, Meditationen und Affirmationen,

die in die Sessions eingebettet werden. Das zeigt Wirkung. Die Jugendlichen beschreiben eine direkte Erleichterung nach der Session, und langfristig wird dadurch ihre Resilienz gesteigert.

» Empowerment

Neben den KindCafes leistet KindSpace auch auf Social Media wichtige Aufklärungsarbeit über mentale Gesundheit. In die Reizüberflutung beliebter Plattformen wie Instagram und TikTok streut das Projekt regelmäßig Posts, die dazu anregen, kurz innezuhalten. Der 'Struggle' soll entstigmatisiert werden. Wer mehr mag, findet auf dem KindSpace-Blog liebevolle Gedankenschnipsel unseres Teams mit einer Menge Hintergrundwissen und vor allem richtig guten Tipps für ein selbstbestimmteres und leichteres Leben.

Daphne Bieletzki

Autorin bei KindSpace, Sprach- und Kommunikationswissenschaft, Aachen

Wichtige Information für unsere Mitglieder!

Alle Daten auf dem neuesten Stand?

Wir möchten alle unsere Mitglieder bitten, Änderungen der Geschäftsstelle mitzuteilen. Dies sind insbesondere:

- ✓ Adressänderung
- ✓ Namensänderung
- ✓ Kontoänderung
- ✓ Wechsel an eine neue Schule
- ✓ neue E-Mail
- ✓ Wechsel der Besoldungsstufe/Entgeltgruppe und/oder Stundenzahl

Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Zeitschrift und Informationen auch alle Mitglieder erreichen. Sie können die Änderungen gerne per E-Mail an die Geschäftsstelle info@lehrernrw.de senden oder bequem auf unserer Homepage unter KONTAKT – ÄNDERUNGEN online eingeben.

Wir bedanken uns für Ihr Verständnis!

Änderungen einfach und schnell online eingeben?

Hier geht's zum Formular:

<https://lehrernrw.de/lehrernrw-de-aenderungen/>



Wie wichtig Schulen und Kitas als Bildungs- und Erziehungseinrichtungen sind, wurde vielen erst klar, als sie wegen der Corona-Pandemie zeitweise schließen mussten. Ihre Bedeutung spiegelt sich aber weithin noch nicht in wertschätzenden Arbeitsbedingungen und angemessener Bezahlung wider.

Endlich... Arbeitswirklichkeit anerkannt!

Der Tarifabschluss für kommunale Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst dreht an den richtigen Stellschrauben. Doch noch ist es ein weiter Weg zu einer Balance der Arbeitsbedingungen und der beruflichen Lebensqualität.



von **ULRICH GRÄLER**

Nach langen Jahren hoffnungsvoller Erwartung, dass die kommunalen Arbeitgeber (VKA) die Realität beruflicher Tätigkeiten zur Kenntnis nehmen und in Tarifverträgen einmal berücksichtigen, scheint nun mit dem Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst nach äußerst schwierigen Verhandlungen erstmalig ein Abschluss erzielt worden zu sein, der unter anderem den konkreten Arbeitsbedingungen Rechnung trägt.

Verbände und Gewerkschaften hatten wiederholt angemahnt, dass sich nicht nur am Entgelt, sondern ebenso an den Rahmenbedingungen etwas ändern müsse, wenn man ausreichend junge Menschen für

diese Berufsbereiche gewinnen wolle. Denn die nachfolgenden Generationen sind scheinbar nur bedingt bereit, Lebensqualität unbegrenzt für Arbeit und Karriere zu opfern. Das gilt nicht nur für den Bildungssektor, sondern für zahlreiche Branchen, in denen der psychische Druck und Stress das Privatleben übermäßig belasten, wie zum Beispiel auch im medizinischen Bereich.

Die Arbeitgeber haben nun wohl endlich verstanden, dass der 'Nachwuchs' schlicht wegbleibt, sollte sich an den Arbeitsbedingungen nichts ändern. Im medizinischen Bereich steigt die Teilzeitquote unaufhörlich, weil Menschen nicht mehr bereit sind, diese übermäßigen Belastungen auf Kosten des Privatlebens hinzunehmen. Manche steigen sogar nach wenigen Jahren ganz aus dem Beruf aus.

» Mehr Aufgaben, weniger Wertschätzung

Auch im Bildungssektor sind derartige Konsequenzen zu beobachten. Das Image des Lehrerberufs leidet seit Jahren unter den Verwerfungen einer Bildungspolitik, die der Institution Schule zunehmend neue Aufgabe zuweist, ohne am Deputat noch an der Bezahlung grundlegend etwas zu ändern. Dies betrifft auch das so genannte zusätzliche (sonder-)pädagogische Personal, das vermehrt das System 'Schule' unterstützen soll, aber bei der Fülle der 'neuen' sozialen und erzieherischen Aufgaben nur unzureichend leisten kann. Mit der Folge, dass zu wenige in dieses System eintreten wollen und davon nicht wenige dem System nach kurzer Zeit wegen der hohen Arbeitsbelastung schon

Foto: AdobeStock/bluedesign



wieder den Rücken kehren. Von der zielgenauen Qualifikation ganz zu schweigen.

» Tarifvertrag als Umkehrsignal

Umso wichtiger war es, dass der neue Tarifvertrag für kommunale Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst eine Umkehr signalisiert, hin zu mehr Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Menschen, die für den Arbeitgeber den 'Dienst am Menschen' tun. Ein Dienst, der gesellschaftlich unverzichtbar ist, und der durch nichts ersetzbar wäre. Eine Digitalisierungsrendite oder anderweitig erwirtschaftete Rendite gibt es hier nicht. Und auch die Zunahme der Klassengröße auf über dreißig Kinder und Jugendliche ist es jedenfalls nicht.

Im Gegenteil, in einem Land mit einer sehr hohen Beschäftigtenquote bricht seit Jahrzehnten die erzieherische Unterstützungsleistung des Elternhauses stetig mehr weg. Ein Defizit, das nur mit mehr Personal und einer den erzieherischen Bedürfnissen angepassten Erziehungs- und Bildungsstruktur aufzufangen wäre. Doch davon sind wir derzeit noch weit entfernt. Deshalb war es auch so entscheidend, dass sich im Tarifergebnis erstmalig Elemente der allseits gewünschten Work-Life-Balance wiederfinden.

» Gute Ergebnisse für 330 000 Beschäftigte

Mit dem Tarifergebnis vom 18. Mai 2022 für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE), der eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2026 hat, wurde für die rund 330 000 Beschäftigten bei den Kommunen ein Abschluss erzielt, der neben Verbesserungen beim Entgelt auch die Möglichkeit der Umwandlung von Entgeltbestandteilen vorsieht. Zu den wesentlichen Ergebnissen zählen insbesondere:

- Die Beschäftigten in den Entgeltgruppen S2 bis S11 erhalten ab 1. Juli 2022 eine monatliche Zulage von 130 Euro, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen in den Entgeltgruppen S11b bis S12 und S14 und S15 (Fallgruppe 6) eine monatliche Zulage von 180 Euro.
- Die Stufenlaufzeiten werden ab dem 1. Oktober 2024 an die Stufenlaufzeiten im allgemeinen öffentlichen Dienst (TVöD) angepasst. Dies ermöglicht schnellere Stufenaufstiege.
- Beschäftigte erhalten nun ab 2022 pro Kalenderjahr über den Urlaubsanspruch hinaus pauschal zwei Entlastungstage (zur Regeneration) und zudem die Option, zwei weitere Tage auf Kosten von Entgeltbestandteilen (zum Beispiel für Freizeit etc.) zu nehmen.

Aus schulischer Sicht ist des Weiteren zu begrüßen, dass der Tarifvertrag nun insgesamt einen großen Teil der pädagogischen Tätigkeiten im 'Ganztage' in der Entgeltordnung abbildet.

» Der Weg ist noch weit

Alles in allem zeugt das Ergebnis von einer in Ansätzen neuen Wertschätzung für erzieherische Berufe sowie von einem Anerkenntnis der besonders belastenden Tätigkeit. Die Verbände und Gewerkschaften wissen, wo dem Personal der Schuh drückt, und haben an den richtigen Stellschrauben gedreht. Noch ist der Weg allerdings sehr weit, will man die Arbeitsbedingungen und die berufliche Lebensqualität in Einklang bringen. Zu groß sind die Versäumnisse der Vergangenheit.



Ulrich Gräler ist stellv. Vorsitzender des *Lehrer nrw*
E-Mail: graeler@lehrernrw.de

KOMMENTAR

Schade!

Es wurde allerhöchste Zeit, vielfach ist es schon zu spät. Die Arbeitgeber hatten jahrelang die Zeichen der Zeit nicht sehen wollen, aus eigennützigen Erwägungen heraus, das Geld für andere Zwecke auszugeben. Das rächt sich nun, und zwar nachhaltig. Tätigkeiten im erzieherischen Bereich haben schon längst nicht mehr den gesellschaftlichen Stellenwert, der ihnen gebühren müsste.

Bildung und Erziehung sind jedoch Staatsaufgaben, die nicht mehr erfüllt werden können, wenn das Personal ausbleibt. Diese Sorge und Gefahr ist real. Mit allen möglichen Konsequenzen für die Wirtschaft und Arbeitswelt. Der Corona-Lockdown hat deutlich vor Augen geführt, was passiert, wenn die Bildungseinrichtungen 'außer Dienst' sind.

Dass die Arbeitgeber jetzt bereit sind umzusteuern, ist leider vor allem der Hartnäckigkeit der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst zu verdanken. Die große Einsicht hat nicht dazu geführt, längst überfällige Komponenten tarifvertraglich zu verankern. Erziehung und Bildung kosten nun einmal Geld, ob privat oder staatlich. Das sollte es uns wert sein.

Die Rendite ist nicht nur im besten Fall: ein mündiger Bürger.

Ulrich Gräler



So besser nicht:
Wie Lehrkräfte ein gutes Unterrichtsklima herstellen und mit schwierigen Schülern umgehen können, zeigen zwei Fortbildungen von *lehrer nrw*.

Gutes Klima, guter Unterricht

Ein gutes Classroom-Management ist Voraussetzung für gelingende Bildung. Wie das erreicht werden kann, ist Thema einer Fortbildung von *lehrer nrw*. Eine nicht darauf aufbauende, aber inhaltlich verwandte Fortbildung bietet die Referentin Dorthe Leschnikowski-Bordan zum Thema 'Umgang mit schwierigem Schülerverhalten' an.

Classroom Management meint das Schaffen einer produktiven Lernatmosphäre und ist somit ein Merkmal guten Unterrichts. Konsequenterweise angewandt, redu-

ziert es kleine Störungen von Anfang an, damit sie gar nicht erst zum Problem werden. Die Mittel hierzu sind äußerst vielseitig, jedoch geht es immer darum, die Bau-

steine für ein produktives Lernklima zu erarbeiten, um somit entspannter und wirksamer unterrichten zu können.

Was sind hierbei die Voraussetzungen im Bereich des Lehrerverhaltens, die nötig sind, damit der Unterricht reibungslos funktionieren kann? Welche Rolle spielen Regeln und Konsequenzen? Wie können wir mit Konflikten umgehen? Welche Bedeutung hat die Raumgestaltung? Wie sieht es mit dem Sozialen Lernen aus? Zu diesen und weiteren Fragen gibt Trainerin und Coach Dorthe Leschnikowski-Bordan Antworten.

Der Umgang mit schwierigem Schülerverhalten steht ebenfalls auf dem Seminarplan von *lehrer nrw*. Hier geht es darum, auffälliges Schülerverhalten zu verstehen und dabei handlungsfähig zu bleiben. Dabei werden mögliche Verhaltensursachen aus der Sicht der Lern- und Entwicklungspsychologie beleuchtet und Interaktionen innerhalb von Unterrichtssituationen thematisiert. Dorthe Leschnikowski-Bordan vermittelt Strategien, wie man sich als Lehrkraft in akuten, als auch 'langfristigen' Situationen souverän verhalten kann. Weitere mögliche Handlungsfelder sind Regeln, Konsequenzen, Unterrichtsgestaltung, Elternarbeit, Rituale und Abläufe.

INFOS

Classroom-Management, Seminar-Nr.: 2022-0925, Ort: Ringhotel Drees, Hohe Straße 107, 44139 Dortmund, Termin: Montag, 26. September 2022, Uhrzeit: 9:00 Uhr bis 16:00 Uhr, Kosten: 130 Euro *lehrer nrw*-Mitglieder, 180 Euro sonstige Teilnehmer, Anmeldung: bis 15. August 2022 online: Fortbildungsübersicht – Lehrer NRW

'Umgang mit schwierigem Schülerverhalten', Seminar-Nr. 2022-1024, Ort: Ringhotel Drees, Hohe Straße 107, 44139 Dortmund, Termin: Montag, 24. Oktober 2022, Uhrzeit: 9:00 Uhr bis 16:00 Uhr, Kosten: 130 Euro *lehrer nrw*-Mitglieder, 180 Euro sonstige Teilnehmer, Anmeldung: bis 12. September 2022 online: Fortbildungsübersicht – Lehrer NRW

Für die Bewirtung mit Speisen und Getränken sorgt *lehrer nrw*. Die Übernahme von Fortbildungskosten können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an ihren Schulen beantragen. Reisekosten können Sie auf dem Dienstweg bei Ihrer Bezirksregierung beantragen, um die verauslagten Reisekosten aus einem gesonderten Budget erstattet zu bekommen.

Seminar Nr.	Titel	Kurzinhalt	Referenten	Wo	Wann	Uhrzeit	Gebühr lehrer nrw- Mitglied	Gebühr sonst. Teilnehmer	Anmelde- schluss
2022-0907	Wie wirken sich der pandemiebedingte zeitweilige Verlust pädagogischer Beziehungen und das mangelnde Erleben von Freude der Kinder untereinander auf das kognitive Lernen aus?	Lösungsstrategien zur Förderung emotionaler und sozialer Entwicklung von Schülerinnen und Schülern: Wie können wir Kinder in ihrer psychischen Entwicklung, beim Lernen und Arbeiten nach der schwierigen Zeit der Pandemie durch psychomotorische und soziomotorische Aktivitäten und Inhalte unterstützen?	Anita Zimmermann, Jutta Packenius, Susanne Röck-Uhlrich	Leonardo Boutique Hotel Ostastraße 128 40210 Düsseldorf	Mittwoch 07.09.2022	09:00 bis 16:30 Uhr	130 EUR	180 EUR	04.08.22
2022-0925	Classroom Management	Classroom Management meint das Schaffen einer produktiven Lernatmosphäre. Konsequenz angewandt, reduziert es kleine Störungen, bevor sie zum Problem werden.	Dorthe Leschnikowski-Bordan	Ringhotel Drees Hohe Straße 107 44139 Dortmund	Montag 26.09.2022	09:00 bis 16:00 Uhr	130 EUR	180 EUR	15.08.2022
2022-0926	Tanz mit dem Widerstand	Sie erweitern Ihre theoretischen Kenntnisse über Widerstand, fügen Ihrem Handlungsrepertoire weitere Interventionen hinzu, erlangen eine erhöhte fachliche Distanz zu herausforderndem Widerstand und erleben in der Lehrgruppe Unterstützung.	Tanja Schmitz-Remberg	Intercity Hotel Düsseldorf Graf-Adolf-Straße 81-87 40210 Düsseldorf	Montag 26.09.2022	09:00 bis 16:30 Uhr	120 EUR	170 EUR	15.08.2022
2022-1024	Umgang mit schwierigem Schülerverhalten	Souverän mit auffälligem Schülerverhalten umgehen. Im Mittelpunkt stehen Strategien, wie man sich als Lehrkraft sowohl in akuten als auch in langfristigen Situationen souverän verhalten kann.	Dorthe Leschnikowski-Bordan	Ringhotel Drees Hohe Straße 107 44139 Dortmund	Montag 24.10.2022	09:00 bis 16:00 Uhr	130 EUR	180 EUR	12.09.2022
2022-1025	Wege in den Ruhestand	Beamtenversorgung und Altersteilzeit	Horst Joosten	GDL Sitzungsraum 1. OG Graf-Adolf-Straße 84 40210 Düsseldorf	Dienstag, 25.10.2022	15:00 bis 18:00 Uhr	50 EUR	80 EUR	27.09.2022
2022-1026	Zeitmanagement und Arbeitsorganisation	Zeit ist ein hohes Gut – man hat nie genug davon. Deshalb ist es umso wichtiger, den eigenen Alltag so zu gestalten, dass die wichtigsten Dinge erledigt werden und der Stress nicht zu groß wird.	Kerstin Grigoleit	Hotel NH Oberhausen Düppelstraße 2 46045 Oberhausen	Di. bis Mi. 25.10. bis 26.10.2022	14:00 bis 12:15 Uhr	100 EUR	150 EUR	12.09.2022
2022-1027	Wenn's brodelt, hilft es den Deckel anzuheben! – von gruppendynamischen Herausforderungen nach der Pandemie	Sie lernen, 'hinter die Kulissen' von Gruppendynamiken zu schauen, sich die Theorie zur Hilfe zu nehmen und sich Praktisches aus der lösungsorientierten Arbeit anzueignen.	Tanja Schmitz-Remberg	Intercity Hotel Düsseldorf Graf-Adolf-Straße 81-87 40210 Düsseldorf	Donnerstag 27.10.2022	09:00 bis 16:30 Uhr	120 EUR	170 EUR	15.09.2022
2022-1121	Binnendifferenzierung	Professioneller Umgang mit den Herausforderungen heterogener Klassen. Praktische Methoden bieten die Möglichkeit, den eigenen Unterricht phasenweise differenziert zu gestalten.	Dorthe Leschnikowski-Bordan	Ringhotel Drees Hohe Straße 107 44139 Dortmund	Montag 21.11.2022	09:00 bis 16:00 Uhr	130 EUR	180 EUR	26.09.2022



Foto: AdobeStock/

Digitaler Worst Case

Der Kinder- und Jugendpsychiater Dr. Stefan Battel gibt in seiner Kolumne regelmäßig Antworten auf Fragen aus dem Lehreralltag. Diesmal geht es um ein kleines Malheur mit vermeintlich großen Folgen.

Einfach mal eine Auszeit genommen, eine Woche Kreta. Erster Tag bei 29°C, ein Sprung in das wunderbar postkartentähnlich aufschäumende Meer. Nach einer halben Stunde entspannter Glückseligkeit bemerkte ich einen harten Gegenstand in meiner rechten Tasche meiner erst kurz zuvor erworbenen Badehose (früher gab es keine Taschen, nur aufgenähte Ehrenabzeichen von erworbenen Schwimmkenntnissen). Da ich nicht rauche und der Strandabschnitt nur aus Sand und keinerlei Steinen bestand, konnte dieser Gegenstand eigentlich nur mein Handy sein. Eine halbe Stunde Meerwasser, wohl temperiert aber nass, hält selbst das neueste Handy (an dieser Stelle keine Produktwerbung) nicht aus. Eine somatisch bedeutsame Körperreaktion ließ nicht lange auf sich warten, und gefühlt im Stile eines 100-Meter-Sprinters gelangte ich zum sicheren und vor allem trockenen Ufer.

Doch trotz aller Versuche, das Handy zu retten (Mikrowelle, Salz etc.) blieb das Handy hartnäckig inaktiv. Und nun? All meine Nachrichtendienste, Apps, Social Media, YouTube waren auf einmal nicht mehr existent. Meine täglichen Minuten (nicht wenige), die ich mit dem Inhalieren der neuesten Nachrichten über Krieg,

Krankheiten etc. nun in deren Aktualität beraubt wurde, ließen in mir ein Gefühl von Panik aufkommen. Kein Ersatz, auch nicht das Handy meiner Frau, welches sich seit langer Zeit nicht auf dem neuesten Stand

der Technik befand (mein Gott, wie klischeehaft). Also kurz die Familie per Anruf informiert, dass mein Handy außer Gefecht gesetzt wurde (den wahren Grund zunächst verheimlicht). Dann versucht, die nächsten Tage zu genießen, was auch gelungen ist. Nein, ich mache hier keine Werbung für »Verzichten Sie mal auf das Handy und gehen Sie den Jakobsweg und Sie sind ein neuer Mensch«. Irgendwie habe ich das hinbekommen und konnte mich auch gut den Alltagsanforderungen mit gelegentlichen Stressanteilen entziehen.

Jetzt sitze ich am Flughafen, und mir graut davor, in fünf Stunden zuhause zu sein, das Vorgängerhandy zu starten und unendlich viele Mails (meist Werbung), Nachrichten etc. nicht unter zehn Stunden zu bearbeiten bzw. Wichtiges von nicht Wichtigem trennen zu können.

Es ist geschehen – und jetzt? Ich wünsche Ihnen jedenfalls schöne Sommerferien, verbunden mit dem Hinweis, alle Taschen, wenn vorhanden, vor dem Gang ins Wasser zu kontrollieren und das Rauchen aufzugeben.

ZUR PERSON



Foto: Andreas Endermann

Dr. med. Stefan Battel ist seit 2007 niedergelassener Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie mit eigener Praxis in Hürth bei Köln und seit 2012 systemischer Familientherapeut (DGSF). Im Rahmen des *lehrer nrw*-Fortbildungsprogramms greift er in einer Vortragsreihe regelmäßig verschiedene Themen aus dem Bereich der Jugendpsychologie auf.

Ausschließlich für Mitglieder von *lehrer nrw* bietet Dr. Stefan Battel einmal pro Woche eine Telefonsprechstunde an. Lehrkräfte, die Information, Rat und Hilfe im Umgang mit schwierigen Schülern oder Eltern brauchen oder selbst in einer psychisch belastenden beruflichen Situation stecken, können dieses Angebot nutzen.

Die Hotline ist jeden Dienstag von 15 Uhr bis 16 Uhr freigeschaltet und unter der Telefonnummer 0 22 33 / 961 01 20 erreichbar.

Foto: AdobeStock/greenpapillon



Malerisch: Blick auf die Zwillings-Windmühlen von Greetsiel.

Grachten, Leuchttürme, Wattenmeer

Vom 10. bis 14. Mai konnten die *Lehrer nrw*-Senioren nach längerer Pause wieder eine gemeinsame Reise durchführen. Ziel war die norddeutsche Küstenstadt Emden, die als Basis zur Erkundung der Schönheiten Ostfrieslands diente.

Eröffnet wurde das Reiseprogramm mit einer Grachtenfahrt unter dem Motto 'Romantik auf grünen Wasserwegen'. Hier konnte die Gruppe aus Nordrhein-Westfalen die Stadt Emden von ihrer Wasserseite betrachten. Die Vielzahl der Kanäle verzauberte mit ihrem maritimen Flair.

Am zweiten Tag besuchten wir Delfzijl, das wir mit der Fähre 'Ems-Dollart' erreichten. Dort war Markttag, und es gab die Möglichkeit, mit dem Zug nach Appingendam, bekannt durch seine 'Hängenden Küchen', zu fahren. Der nächste Tag startete mit einem Ausflug nach Greetsiel. Die Hinfahrt wurde genutzt, um einige Schönheiten Ostfrieslands zu besichtigen, dazu gehörten die Leuchttürme von Wybelsum, Rysum, Campen und Pilsum. Rysum gefiel durch seine gepflegten Vorgärten und die liebevoll restaur-

rierte Ziegmühle, die auch heute noch mit Nordseewind betrieben werden kann. In Campen mit dem höchsten Leuchtturm Deutschlands, besuchten wir die aus dem 13. Jahrhundert stammende Kreuzkirche. In Greetsiel begrüßten uns die bekannten Zwillingsmühlen.

Am Freitag war die Hochseeinsel Borkum das Ziel. Für die Hinfahrt hatten wir den Katamaran gebucht, der zügig über das Wasser glitt und uns sicher auf die Insel brachte. Die traditionelle Inselbahn führte uns zum Zentrum. Bei sonnigem Wetter konnten wir uns den kräftigen Wind um die

Nase wehen lassen und das angenehme Hochseeklima auf der Insel genießen. Zu sehen gab es viel, das Wattenmeer, sogar Seehunde und Kegelrobben, den alten Leuchtturm, die Walknochenzäune und die herrliche

Dünenlandschaft. Die Rückfahrt erfolgte mit der normalen Fähre zum letzten Abendessen in unserem wunderschönen Hotel.

Am Samstag hieß es Abschied nehmen mit einer letzten Rundfahrt durch den Emdeener Hafen. Die Rundfahrt war sehr informativ und zeigte die heutige Bedeutung des Hafens für das Umland und die Aufgaben, die im Hafen anfallen, wie zum Beispiel das Verschiffen von tausenden von Autos nach Großbritannien. Der Hafen in Emden ist tidenunabhängig

und hat dadurch enorme Vorteile. Vor dem bekannten 'Feuerschiff' nahmen wir Abschied voneinander und von Emden.



Die *Lehrer nrw*-Reisegruppe vor dem Leuchtturm von Pilsum.

Sicherheit für Senioren im Alltag

Zum Thema 'Sicherheit für ältere Menschen' bietet das Referat Senioren im *Lehrer nrw* Präventionskurse und Informationen in Zusammenarbeit mit der Polizei an. Aktuell gibt es zwei Angebote, die kostenlos genutzt werden können.

Präventionskurs 'Sicher im Alltag'

Termin: Donnerstag
18. August 2022, 11:00 Uhr
Ort: Polizeipräsidium Dortmund,
Markgrafenstraße 102
44139 Dortmund
Anmeldung: per E-Mail bis 7. August an:
berretz@lehrernrw.de

Kriminalprävention sowie neue Betrugs- maschen und Opferschutz für Senioren

Termin: Mittwoch, 28. September 2022, 11.00 Uhr
Ort: Moers, im 'Kleinen Reichstag'
Uerdingerstraße 64, 47441 Moers
Anschließend gemeinsames Mittagessen im Restaurant 'Kleiner Reichstag'. Danach Besichtigung des Moerser Schlosses, eventuell Stadtrundgang und gemütlicher Abschluss in einem Café.
Anmeldung: per E-Mail bis 30. August an: holder@lehrernrw.de



Hey, teacher, leave us kids alone ...! TEIL 1

Fehlritte von Schülerinnen und Schülern sind so alt wie die Schule selbst. Das Spektrum reicht von vergleichsweise harmlosen Streichen bis hin zu Gewaltexzessen. Welche Sanktionsmöglichkeiten Lehrkräfte haben und was bei der Anwendung zu beachten ist, erläutert *Lehrer nrw* Justitiar Christopher Lange in einer kleinen Artikelreihe.



von CHRISTOPHER LANGE

»Hey, teacher, leave us kids alone...!« – Lehrer, lasst uns Kinder in Ruhe! heißt es im berühmten Lied 'Another Brick in the Wall' der Rockband Pink Floyd. Genau das mag der eine oder andere Pennäler denken, wenn er für sein Verhalten in der Schule zur Rechenschaft gezogen werden soll. So sehr man die Abwehrhaltung von Schülerinnen und Schülern nachvollziehen mag, so wenig können Lehrkräfte aber in der Praxis

ihren Schützlingen in der Schule »alles durchgehen lassen«. Dazu reicht schon ein Blick in §§ 42 Absatz 3, 43 Schulgesetz NRW (SchulG). Denn eine Schule kann nur dann ihren Auftrag erreichen, Schülerinnen und Schüler zu bilden und zu erziehen, wenn diese ihrer Pflicht nachkommen, daran mitzuwirken, wie es in den genannten Normen beschrieben ist¹. Dies bedeutet die regelmäßige Teilnahme an Unterricht und sonstigen schulischen Veranstaltungen, die Vorbereitung auf den und die Beteiligung im Unterricht, die Anfertigung von Klassen- und

anderen Arbeiten sowie Hausaufgaben ebenso wie die Befolgung der Schulordnung und der Anordnungen insbesondere von Schulleitung und Lehrerschaft. Nur so kann wiederum dem Anspruch auf Bildung und Erziehung nach Artikel 8 der Landesverfassung NRW entsprochen werden².

» Pädagogische Maßnahmen gegen Fehlverhalten

Dies bedeutet, dass bei einem Fehlverhalten, das heißt einem Verstoß gegen die genannten Pflichten durch eine Schülerin oder einen Schüler Maßnahmen veranlasst werden können. Diese sollen dem pädagogischen Zweck dienen, die Betroffenen vor der Wiederholung des Fehlverhaltens zu bewahren und zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten, wozu auch die Verhinderung der Störung des allgemeinen Schulbetriebs gehört.

Gewalt gegen Mitschüler ist ein absolutes 'No Go'.

Bei der Sanktionierung solcher oder anderer Vergehen müssen sich Lehrkräfte an ein gesetzlich vorgegebenes Instrumentarium halten.

Foto: AdobeStock/mokortion

Lehrkräfte und andere, die Maßnahmen verhängen wollen, müssen dabei streng auf deren rechtmäßige Anwendung achten. Dies folgt daraus, dass regelmäßig nur eine rechtmäßig verhängte und vollzogene Maßnahme ihre beabsichtigte Wirkung zeigen kann. Nicht außer Acht gelassen werden sollte dabei aber auch, dass sich eine nicht rechtmäßige Maßnahme durchaus als Bumerang für denjenigen erweisen kann, der sie in der dann meistens vorliegenden Ausnahmesituation unter Umständen vorschnell veranlasst hat.

Denn wehrt sich beispielsweise ein Elternteil gegen die Sanktion gegen ihren Sprössling, muss unter Umständen nicht nur die Maßnahme zurückgenommen werden, sondern kann im Endeffekt auch eine Dienstpflichtverletzung der die Maßnahme veranlassenden Lehrkraft oder anderen Personen drohen. Dem 'wasserdichten' Einsatz von Maßnahmen dient diese Artikelreihe.

» Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

Alle Maßnahmen müssen dabei letztlich als Ausfluss des Rechtsstaatsprinzips nach Artikel 20 Absatz 3 Grundgesetz dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen: Jede Maßnahme muss, erstens, ein geeignetes Mittel sein, um die erwünschten Zwecke zu erreichen. Sie muss, zweitens, erforderlich sein und damit das mildeste zur Verfügung stehende Mittel darstellen. Drittens muss die Maßnahme in einem angemessenen Verhältnis zu dem erzielten Zweck stehen, das heißt verhältnismäßig im engeren Sinne sein.

Neben den eigentlichen Voraussetzungen für eine Maßnahme ist darauf zu achten, wer – das heißt die zuständige Lehrkraft oder das zuständige Gremium – für die Maßnahme verantwortlich zeichnet.

» Anspruch auf angst- und gewaltfreies Lernen in der Schule

Aus dem oben Gesagten ergibt sich, dass eine Maßnahme sich nur gegen schulisches Fehlverhalten richten darf³. Dazu muss dieses nicht zwingend beispielsweise während des Unterrichts und auf dem Schulgelände geschehen sein. Es reicht, wenn zwischen dem Verhalten und dem Schulverhältnis ein direkter Zusammenhang besteht, was insbesondere der Fall ist, wenn durch das Verhalten das Zusammenleben der am Schulleben beteiligten Personen zumindest gefährdet wird. Geht es um die Schaffung von Verbindungen zu Rauschgiftverkäufern in Schulumgebung, ist der Zusammenhang offensichtlich. Ebenso kann es bei Gewalttätigkeiten an einer Bushaltestelle in Schulumgebung sein. Die hier maßgebliche Verletzung des Anspruchs auf ein angst- und gewaltfreies Lernen in der Schule ist aber genau zu prüfen, wenn es zum Beispiel um Beleidigungen unter Schülerinnen und Schülern in sozialen Medien geht⁴.

Ausgeschlossen sind zudem Kollektivmaßnahmen, es sei denn, mehrere Schülerinnen und Schüler haben sich ein Fehlverhal-

ten geleistet, was jeder und jedem Einzelnen konkret zurechenbar ist. Dies verdeutlicht auch die Unerlässlichkeit einer genauen Sachverhaltsaufklärung. Natürlich ist dies schwierig, wenn sich Dinge sprichwörtlich hinter dem Rücken einer Lehrkraft abspielen, dennoch kann ein im etwaigen anfänglichen Zorn geäußertes »Wer war's? Keiner? Also, alle!« niemals in Betracht kommen.

» Vorgegebenes Instrumentarium

So kreativ, wie die Schülerschaft bisweilen ist, wenn es darum geht, sich nicht an schulische Regeln zu halten, dürfen diejenigen, die für die Wahl und Ausgestaltung der konkreten Sanktionen und Maßnahmen im Zusammenhang mit Fehlverhalten zuständig sind, ohnehin nicht sein, seien sie aus dem Kreis der Lehrkräfte, der Schulleitungen oder der Schulaufsicht. Denn ihr Instrumentarium ist insbesondere von der Struktur her gesetzlich vorgegeben. In Betracht kommen in der Praxis vor allem erzieherische Einwirkungen und Ordnungsmaßnahmen nach § 53 SchulG. Außerdem ist an die zwangsweise Anhaltung zur Einhaltung der Schulpflicht nach § 41 SchulG und an die Verhängung einer Geldbuße nach § 126 SchulG zu denken. Bei Täuschungsversuchen ist zwischen den anzuordnenden Folgen nach § 6 Absatz 7 Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I (APO-SI) wie Anordnung der Wiederholung des Leistungsnachweises und einer gegebenenfalls zusätzlich verhängten Ordnungsmaßnahme zu unterscheiden⁵.

¹ van den Hövel, Schulrecht NRW – Was Lehrerinnen und Lehrer wissen müssen, 5. Auflage 2020, S. 202

² Jülich, van den Hövel, Schulrechtshandbuch NRW, § 53, RN 1

³ van den Hövel, Schulrecht NRW – Was Lehrerinnen und Lehrer wissen müssen, 5. Auflage 2020, S. 203

⁴ Jülich, van den Hövel, Schulrechtshandbuch NRW, § 53, RN 24

⁵ Jülich, van den Hövel, Schulrechtshandbuch NRW, § 53, RN 23



Christopher Lange leitet die Rechtsabteilung des Lehrers NRW.
E-Mail: Rechtsabteilung@lehrernrw.de



Im Schleudersitz

Was haben Kampfflugzeuge und das Schulministerium gemeinsam? Klar, den Schleudersitz. Es gibt allerdings einen nicht unerheblichen Unterschied: Wenn es eng wird, betätigt der Kampfflugzeug-Pilot selbst den Schleudersitz, um sich aus dem havarierten Fluggerät zu entfernen. Im anderen Fall hingegen betätigt der Wähler den Schleudersitz, um die jeweilige Schulministerin oder den Minister aus dem havarierten Ministerium zu entfernen.

So erging es 2017 zum Beispiel der damaligen Schulministerin Sylvia Löhrmann, die beim Thema Unterrichtsausfall eine recht optimistische Darstellung der bestehenden (Miss-)Verhältnisse an den Tag legte. Sagenhafte 1,7 Prozent Unterrichtsausfall fanden die Wähler

dann doch ein wenig zu optimistisch. Als Kollektivstrafe wurde dann gleich die gesamte rot-grüne Landesregierung entfernt.

Ähnlich wie ihrer Vorgängerin erging es kürzlich Yvonne Gebauer. Sie hatte eine klitzekleine Pandemie zu managen. Das fällt nach einschlägiger fiskaljuristischer Expertise nicht unter die Vergnügungssteuerpflicht. Gar nicht vergnüglich fanden die Eltern daher auch das von der MSB-Kommandozentrale verordnete Lockdown-, Test- und Masken-Pingpong. Und noch weniger vergnüglich fanden die Schulleitungen und Lehrerkollegien die gern am Freitagnachmittag verkündeten und bis Montagmorgen umzusetzenden Hygienemaßnahmen und Distanzunterrichtskonzepte. Der daraus resultierende Gebauer-

sche Schleudersitzabgang katapultierte die vormals propere Regierungspartei FDP in kleinstoppositionelle Sphären.

Was lernen wir daraus? Mit Schulpolitik können Wahlen gewonnen – und noch öfter verloren werden. Nun dürfen sich die künftigen Koalitionspartner vom schwarzen und grünen Geschwader über die Besetzung des Schleudersitzes an der Völklinger Straße verständigen. Für Menschen mit einem robusten Nervenkostüm, einem Faible für gepflegten Nervenkitzel und einer leichten Tendenz zum Masochismus ein sehr reizvolles Betätigungsfeld. Dem Vernehmen nach reißen sich aber beide Koalitionäre nicht um diese ein wenig anspruchsvolle, aber auch sehr erfüllende Aufgabe. Warum nur?

Jochen Smets

AUFGABE 1:

Versteckte Farben

In diesen Speisen sind Farben versteckt. Dabei müssen Sie die Buchstaben, wie bei einem Anagramm zusammensuchen und neu sortieren.

Beispiel: **M**ortadella = Rot

Frühlingsrolle

Schweineschnitzel

Gänseleberpastete

Tortellini

Bandnudeln

Lauchgratin

Grießbrei

Vanillepudding

Weintrauben

Trockenfrüchte

Zwetschgenwasser

AUFGABE 2:

Liebe im Garten

Können Sie diesen zaubernden Text lesen?

niE fpoklhoK dnats neben menie kcotsnesoR
dnu etuahcs tbeilrev eiw nie kcobnegeiZ
hclgätgat red esoR ednehülb thcarP.
dnU senie segaT– sad tßieh ieb thcaN,

ad tleih red fpoklhoK se thcin rhem sua,
se etssum sua menies zrehlhoK suareh!
rE eteink redein, re etzfues, re rowhcs:
»hcl ebeil hciD esoR!– hciD ebeil hci run«!
dnU tah, eiw sad os uz nehehseg tgelfp,
red esoR nies zrehlhoK uz neßüF tgeleg.

dnU eid esoR?

ml nleknuD s'tah dnamein n'heseq.
ml netshcän rhaJ– saw raw ad lhow?
dnats neben red esoR
lhoknesoR

AUFGABE 3:

Immer der Nase nach

Es gibt viele Redewendungen die, wie die Überschrift, das Wort 'Nase' enthalten.

Finden Sie die entsprechenden Redewendungen zu den folgenden Beschreibungen.

1. Hochmütig/eingebildet sein

2. Jemanden rüde abweisen

3. Selbstkritisch sein

4. Etwas direkt vor sich haben

5. Schadenfroh sein

6. Pro Person

7. Seinen Unwillen zum Ausdruck bringen

8. Lesen

9. Jemanden auf etwas hinweisen

10. Jemanden überlisten

Überlegen Sie sich weitere Redewendungen, die das Wort Nase enthalten und umschreiben Sie diese.

Mitglied werden!

Ihre Vorteile

► Kostenlose Rechtsberatung in allen beruflichen Fragen – persönlich, individuell, schnell, nah

► Umfangreiches Seminar- und Fortbildungsprogramm zu aktuellen Themen

► Beratung in besonderen Belastungssituationen – schnell und unkompliziert

► Günstige Mitgliedsbeiträge – und das erste halbe Jahr ist beitragsfrei

► Ständig aktuelle Informationen, z.B. über unsere Homepage, Mitgliederzeitschrift, Newsletter, Service-Broschüren

► Kostenloses XXL-Versicherungspaket, inklusive Diensthauptpflicht-Versicherung, Schlüsselversicherung, Rechtsschutz, Freizeit-Unfallversicherung

Unsere Lehrkräfte stärken!

lehrernrw

Ihr direkter Weg
zum Beitrittsformular:

